



Orte der Demokratie

**Larissa-Diana Fuhrmann / Daniel Mullis /
Maximilian Pichl / Tonda Wildner**

Impressum

PRIF – Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung
Darmstädter Landstraße 112, 60598 Frankfurt a. M.
info@prif.org | www.prif.org

Autor*innen

Larissa-Diana Fuhrmann, Daniel Mullis, Maximilian Pichl, Tonda Wildner

Gestaltung:

Anja Feix, grübelbrik e.K., Diez

Textlizenz:

Creative Commons CC-BY-ND 4.0 (Namensnennung/Keine Bearbeitungen/
4.0 International).

Das Coverbild unterliegt eigenen Lizenzbedingungen



HESSEN
Hessisches Ministerium
für Wissenschaft und Forschung,
Kunst und Kultur

Das Forschungsprojekt und der Druck dieser Publikation wurden ermöglicht durch das Förderprogramm „Stärkung der Demokratieforschung Hessen“ des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur.

Zusammenfassung

Demokratie ist nicht nur eine Staatsform, sondern entsteht erst durch soziale Begegnungen, Aushandlungsprozesse und Erfahrungen der Selbstwirksamkeit durch verbindliche Entscheidungen. Solche Erfahrungen finden an konkreten Orten statt, werden aber zugleich behindert, wenn ihnen Demokratiedefizite entgegenstehen.

In dem interdisziplinären Forschungsprojekt zwischen der Frankfurt University of Applied Sciences und dem PRIF- Leibniz Institut für Friedens- und Konfliktforschung wurden „Orte der Demokratie“ untersucht. Im Gespräch mit Fachkräften, Expert*innen und Engagierten aus der Zivilgesellschaft werden Möglichkeiten und Grenzen von konkreten Orten als Räume demokratischer Erfahrungen ausgelotet. Dabei werden vielfältige Probleme der aktuellen Demokratieförderung sichtbar, die oft nur in kurzen befristeten Projekten stattfindet. Zugleich werden in dem Bericht zahlreiche Instrumente und Handlungsempfehlungen vorgestellt und diskutiert, wie Demokratie als sozialpolitische Regelaufgabe im Alltag verankert werden kann.

Inhalt

1.	Einleitung	4
2.	Methode	14
3.	Forschungsergebnisse	17
4.	Menschenrechtsorientierte Demokratiearbeit	34
5.	Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen	40
6.	Anhang	44

1. Einleitung

„Mir hängt die ganze Zeit noch ein Satz zum Beispiel von einem im Ohr, der meinte: ‚Naja, das Problem bei uns in der Kommune ist eigentlich, dass es gar keine Konflikte mehr gibt, weil die Rechtsextremen hier niemanden mehr finden, um ihn zu verhauen oder sie müssen es halt nicht mehr, weil sie schon hegemonial geworden sind.‘ Wir haben versucht, das mit dem Begriff der bedrohlichen Ruhe zu fassen. (...) Das macht mir einfach Sorgen. Das betrifft auch die andere Seite, also die Zivilgesellschaft. Hier gibt es eine Fragmentierung des Engagements von Leuten, die einfach wegziehen, weil sie sagen, sie halten es nicht mehr aus in diesen Kontexten der Normalisierung, teilweise auch einer erzwungenen Normalisierung, in denen man überhaupt nicht mehr weiß, wie man irgendwas umsetzen kann.“¹

Diese Interviewpassage aus einem Gespräch im Rahmen unseres Forschungsprojekts verdeutlicht, wie demokratische Aushandlungsprozesse auf kommunaler Ebene unter Druck geraten, wenn extrem rechte Akteur*innen vor Ort dominante Positionen einnehmen. Die „bedrohliche Ruhe“ veranschaulicht, dass offene Konflikte ausbleiben, weil Gegenstimmen verstummen. Das passiert durch unterschiedliche Gründe: Demokrat*innen ziehen in andere Städte und Kommunen, meiden die Öffentlichkeit oder passen sich den neuen Verhältnissen an. So normalisieren sich extrem rechte und autoritäre Einstellungen im Alltag, während demokratisches Engagement fragmentiert und teilweise unsichtbar wird. Eine besondere Funktion im Erhalt und Ausbau von Orten, die eine lebendige Demokratie fördern, bekommt hierbei die Soziale Arbeit. Sie kommt flächendeckend mit Adressat*innen in Handlungsfeldern in Kontakt, die nicht explizit als Demokratiearbeit erscheinen, wo aber soziale Begegnungen stattfinden und demokratische Werte gefördert werden können.

Der vorliegende Bericht ist das Ergebnis eines Forschungswissensnetzwerks zwischen der Frankfurt University of Applied Sciences und dem Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung

1 Interview Becker 12.11.2025 (24:03 – 27:29)

(PRIF). Wir plädieren, ausgehend von unserer Forschung und im Einklang mit zahlreichen Studien zum zeitgenössischen Rechtsextremismus (vgl. Chou 2020; Domann 2024; Ince 2011; Luger 2022; Mullis/Miggelbrink 2022; Quent/Schulz 2015), für einen verstärkten Fokus auf lokale Strukturen und konkrete Orte, um angesichts dieser bedrohlichen Dynamiken demokratische Gegenwehr und Selbstwirksamkeit zu fördern.

Wir präsentieren unsere zentralen Forschungserkenntnisse hier in einem Dialog von empirischen Ergebnissen und theoretischen Reflektionen. Anhand dessen ordnen wir zentrale Oberbegriffe aus unseren Gesprächen wie „Demokratie“ und „Orte“ ein. Im Anschluss hieran erörtern wir die Möglichkeiten einer menschenrechtsbasierten Sozialen Arbeit, um Orte der Demokratie zu stärken. Im Schlussteil des Reports diskutieren wir unsere Ergebnisse, gehen auf Leerstellen ein und formulieren Handlungsempfehlungen.

Unsere Forschung fand zu einem Zeitpunkt statt, an dem zum einen die extreme Rechte explizit eine lokale Strategie der Raumnahme in der Fläche vorantreibt und zum anderen die Bundesregierung angekündigt hat, das Förderprogramm „Demokratie leben!“ grundlegend umzustrukturieren. Die strategische Ausrichtung der extremen Rechten beschreibt Johannes Hillje als „Dorfjugendstrategie“. Extrem rechte Akteur*innen verfolgen „einen dualen Ansatz aus digitaler und lokaler Ansprache“. Dabei werde die lokale Ansprache in ihrer Bedeutung von vielen Parteien aus dem demokratischen Spektrum politisch allzu oft unterschätzt. Rechtsextreme setzen hier explizit darauf, „soziale Räume und Begegnungsräume in Dörfern“ zu etablieren, „wo solche Treffpunkte kaum noch existieren“. Dabei werden Freizeitangebote geschaffen, bei denen die politische Botschaft zunächst zweitrangig bleibt (Hillje 2026).

Die Bundesregierung ihrerseits hat diese Entwicklung erkannt und die zuständige Bundesministerin Karin Prien gab Mitte März 2026 bekannt, dass sie künftig den Fokus auf lokale Strukturen wie Schulen, Sportvereine und Bibliotheken legen wolle.² Allerdings kündigte sie sogleich an, insbesondere bei großen und zentral organisierten Trägern die Mittel drastisch streichen zu wollen. Wie wir zeigen werden, ist Demokratiewerk vor Ort mitunter enorm unter Druck und es kann durchaus hilfreich sein, sie in die Regelstrukturen von Schule, Kitas und Bibliotheken zu integrieren. Dies gilt insbesondere dann, wenn es sich nicht allein um Programme mit dem Ziel der Bindung an das politische System, sondern auch um Maßnahmen handelt, die Erfahrungsräume der Selbstwirksamkeit erweitern (Lizotte/Kallio 2023). Zugleich können wir aber auch zeigen, dass Akteur*innen vor Ort bereits jetzt an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen und den Mehraufwand gar nicht leisten können.

2 Siehe dazu die Erklärung der Ministerin im Deutschen Bundestag am 27.3.2026, <https://www.bmbfsfj.bund.de/bmbfsfj/mediathek/karin-prien-zur-neuausrichtung-von-demokratie-leben--282714>

Effektive Demokratiearbeit vor Ort kann folglich nur gelingen, wenn die Akteur*innen in den Regelstrukturen starke Partner*innen haben, bei denen Expertise gebündelt wird und auf deren Wissen sie zurückgreifen können. Ohne die bundesweit operierenden Zentralstrukturen können die Akteur*innen vor Ort ihre Arbeit schlicht nicht leisten. Lokale Demokratiearbeit darf daher nicht gegen bundesweite Trägerstrukturen ausgespielt werden. Dies werden wir im Folgenden klar zeigen, ist aber bereits im oben genannten Eingangszitat angesprochen: Wer soll in Schulen, bei der Feuerwehr und im Sportverein die Demokratiearbeit leisten, wenn die Stimmung bereits gekippt ist und keine externe Expertise hinzugezogen werden kann?

Bevor wir auf unsere Forschungsergebnisse näher eingehen, müssen wir einige Begriffe und das methodische Vorgehen klären. So gehen wir zunächst auf die Krisenbeschreibungen der Demokratie und die Rolle der Demokratie in der Sozialen Arbeit ein. Anschließend legen wir unsere Forschungsfrage dar. In diesem Zusammenhang werden wir auch unser Verständnis von „Orten der Demokratie“ schärfen.

Krise der Demokratie

Die Vielfachkrise der Demokratie ist in aller Munde – und dies nicht erst seit dem (weltweiten) Erstarken extrem rechter Kräfte. Bereits Mitte der 2000er Jahre warnte Colin Crouch vor „postdemokratischen“ Entwicklungen (2008). Die Demokratie sei zwar formal noch intakt, aber zunehmend durchzogen von sozialen Ungleichheiten und dem Einfluss mächtiger politischer und ökonomischer Eliten, diagnostizierte er damals. Weitere Studien belegten dies auch für Deutschland. Weniger wohlhabende Menschen bleiben Wahlen eher fern als Wohlhabende und insgesamt finden weniger Privilegierte im politischen Betrieb selten Gehör (Schäfer 2015). Diese Problematik vollzieht sich auch auf einer institutionellen Ebene. Steven Levitsky und Daniel Ziblatt argumentieren für den US-amerikanischen Kontext, dass die politische Kultur zunehmend erodiere, demokratische Absprachen nicht mehr als selbstverständlich wahrgenommen und politische Institutionen geschwächt werden (Levitsky/Ziblatt 2018).

Die Politikwissenschaftlerin Wendy Brown befasste sich nur wenige Jahre nach Crouch ebenfalls mit Phänomenen einer postdemokratischen Entwicklung. Sie stellte fest, dass die Demokratie und das politische System zunehmend durch Marktprinzipien überformt werden und der politische Gehalt verloren geht (2018). Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008 hat diesen Trend laut vieler Stimmen in der Literatur massiv beschleunigt. Der Soziologe Wilhelm Heitmeyer spricht von einer der „gravierendsten Entsicherungen dieser Zeit“ (Heitmeyer 2018: 92). Weil viele Menschen sozial und ökonomisch verunsichert sind, sei dies ein entscheidender „Treiber für autoritäre Versuchungen“ (ebd.: 94). Die Politologen Armin Schäfer und Michael Zürn betonen, dass Demokratie nicht nur von außen, sondern auch von innen unter Druck gerät. Den aktuellen repräsentativ-demokratischen Prozessen ist laut den beiden eine Tendenz zur Regression immanent. Dies beschreiben sie zum einen als Ergebnis einer „abstrakten Entfremdung der Praxis vom

demokratischen Ideal“ sowie einer „konkreten Entfremdung der Bürger von den demokratischen Institutionen“ (Schäfer/Zürn 2021: 11). Der Aufstieg der extremen Rechten ist demnach nicht vorrangig die Ursache für die Krise der Demokratie, sondern vielmehr ein Symptom grundlegender Probleme und Defizite, wenn auch ihr Aufstieg die Krise der Demokratie sehr wohl zusätzlich verschärft.

Mitunter erscheint die Krise der Demokratie als eine „Verfallsgeschichte“, die sich von einem Idealzustand wegbewegt. Theodor W. Adorno hat in seinem Vortrag „Aspekte des neuen Rechtsradikalismus“ von 1967 jedoch einen zentralen Ursprung rechtsextremer Einstellungen darin gesehen, dass sich „die Demokratie eben bis heute nirgends wirklich und ganz konkretisiert hat, sondern formal geblieben ist. Und die faschistischen Bewegungen könnte man in diesem Sinn als die Wundmale, als die Narben einer Demokratie bezeichnen, die ihrem eigenen Begriff eben doch bis heute nicht voll gerecht wird“ (Adorno 2019/1967: 18).

Zugespißt formuliert, erschöpft sich die (liberale) Demokratie mitunter in den nur alle vier bis fünf Jahre stattfindenden Wahlakten und findet ansonsten im Alltag der Menschen nicht statt. Rassismuskritische Ansätze ergänzen diese Kritik der realen „Demokratie“ durch die Reflexion über Demokratiedefizite und Ausschlüsse von migrantisierten Personen (Çiçek/Pichl 2025). In der „Dominanzkultur“ (nach Rommelspacher 1995) seien Menschen mit Zuwanderungsgeschichte seit jeher strukturellen Ausschlüssen aus demokratischen Verfahren ausgesetzt. Gerade dieser Ausschluss ist zugleich eine Basis, um migrantisierten Personen die Schuld für die erlebten Krisen der Politik zuzuschieben. Wie Edward Said schon in *Orientalism* (1978) beschreibt, wird das „Andere“ als „exotische Bedrohung“ konstruiert, um eigene Probleme auf Äußeres zu projizieren und komplexe Zusammenhänge durch einfache Narrative zu ersetzen. Und Frantz Fanon erklärt in *Die Verdammten dieser Erde* (1961), wie koloniale Gewalt in nachkoloniale Ängste umschlägt – Muster, die in Diskursen um die „Remigration“ großer Bevölkerungsgruppen wiederaufleben. Bereits Anfang der 1990er Jahre haben Étienne Balibar und Emmanuel Wallerstein (1992) präzise die Verschränkung von Rassismus, Nationalismus und Klasse herausgearbeitet. Sie zeigen, dass eine Renationalisierung von Politik – wie wir sie heute verstärkt erleben – strukturell mit einem Erstarken von Rassismus verbandelt ist.

Dabei sind bereits auf der formellen Ebene Menschen ohne Pass von den Entscheidungsstrukturen ausgeschlossen. Bei der deutschen Bundestagswahl 2025 durften 59 Prozent der Erwachsenen mit Einwanderungsgeschichte nicht wählen (was 10 Millionen Menschen entspricht).³ Tarik Tabbara schreibt diesbezüglich (2026):

3 Vgl. Mediendienst Integration 2025: <https://mediendienst-integration.de/news/wie-waehlen-menschen-mit-einwanderungsgeschichte/>.

*„Die Idee der Selbst-Regierung, die ja gewährleisten soll, dass niemand bloßes Objekt staatlicher Herrschaft ist, verliert doch ganz erheblich an alltagspraktischer Erfahrbarkeit, wenn über ein Viertel der Gesetzesunterworfenen nicht mal theoretisch auch Urheber*innen dieser Gesetze ist und daher von den Repräsentierenden auch nicht als solche adressiert und beachtet werden.“*

Insbesondere postmigrantische Selbstorganisationen machen diese Ausschlüsse sichtbar und fordern etablierte formalistische Strukturen der Demokratie heraus: „In einer Gesellschaft, in der Migration längst eine Normalität darstellt, strukturelle Ausschlüsse jedoch weiterhin bestehen, fungieren postmigrantische Initiativen nicht nur als Widerstandspraktiken, sondern auch als Akteur*innen der gesellschaftlichen Gestaltung und Transformation“ (Donlic/Rotter/Yildiz 2025: 109). Derlei Organisationen sind auch eine Reaktion auf das, was Nikolai Huke als politische „Ohnmachtserfahrungen“ beschreibt. Damit sind Demokratiedefizite für insbesondere geflüchtete Menschen gemeint, die eine „existenzielle Bedrohung für die Demokratie“ darstellen können.

„Je stärker das Versprechen gleicher politischer Teilhabechancen gebrochen wird, umso wahrscheinlicher wird es, dass Demokratie sich – in einem schleichenden, inkrementellen Prozess – immer weiter autoritär konfiguriert“ (Huke 2021: 59).

Viele Menschen haben vor diesem Hintergrund – oft zutreffend – den Eindruck, dass sie an diesen Zuständen und den Auswirkungen auf ihr Leben nichts ändern können. Politische Barrieren und fehlende demokratische Beteiligungsstrukturen verhindern dies. Das führt dazu, dass sich viele Menschen von der Demokratie entfremdet fühlen und sich vermeintlichen Alternativen zuwenden (Mullis 2024).

Umfragen verdeutlichen, wie weit autoritäre Sehnsüchte auch in Deutschland verbreitet sind. Der Deutschland-Monitor 2025 zeigt etwa, dass jede fünfte Person in Deutschland offen für autoritäre Ideen ist, in Ostdeutschland ist es sogar jede vierte Person.⁴ Auch Politik wird zunehmend nicht mehr als Problemlöserin wahrgenommen. Gerade in lokalen Kontexten kann die extreme Rechte in der Alltagskultur wirkmächtige Gegenerzählungen etablieren und die Schuld für die ökonomische und kulturelle Verunsicherung den „Anderen“, also als Feinde markierten Gruppen wie Geflüchtete, Linke oder LGBTQI+-Personen⁵ zuschieben (vgl. Domann 2024; Ince 2011; Luger 2022; Mullis/Miggelbrink 2022).

4 <https://deutschland-monitor.info/>

5 Abkürzung für lesbische, schwule, bisexuelle, trans-, queer und intergeschlechtliche Menschen.

Das demokratische Mandat Sozialer Arbeit

Diese Analysen über die Krise der (liberalen) Demokratie haben eine globale Dimension und zeigen sich zugleich stets im konkreten Lebensalltag der Menschen und somit in den Beratungsanfragen und Problemlagen, mit denen die Soziale Arbeit und Regelstrukturen konfrontiert sind. In vielen Zusammenhängen der Politischen Bildung und Sozialen Arbeit wird auf Fachtagungen, in Fortbildungen und in der alltäglichen Teamarbeit über den Umgang mit antidemokratischen Einstellungen und Angriffen auf die Träger und Vereine diskutiert.⁶ Auch der direkte Einfluss extrem rechter Gruppen auf die Soziale Arbeit nimmt zu (Krüger u.a. 2022). Nicht ohne Grund ist seit einigen Jahren auch die Demokratiedebatte in der Sozialen Arbeit zurück (vgl. Geisen u.a. 2013; Oehler 2018; Köttig/Röh 2019; Alisch/Ritter 2024a; Çiçek/Pichl 2025).

In der Forschung wird die Beziehung zwischen Demokratie und Sozialer Arbeit als ein „widersprüchliches und umstrittenes Wechselverhältnis“ beschrieben (Köttig/Röh 2019: 11), gerade vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte und der Gleichschaltung der Sozialen Arbeit im NS-System. Auch im Hinblick auf den globalen Autoritarismus wird kritisiert, die Soziale Arbeit entpolitisiere und individualisiere gesellschaftliche Probleme, womit sie autoritären Tendenzen mitunter wenig entgegenhalten könne (Becevic/Herz 2023; siehe auch Mullis 2024: 314). Sie integriere sich vielmehr in neue Strukturen des Wohlfahrtsstaates, in denen Markt- und Wettbewerbsprinzipien wichtiger seien als das humanistische Menschenbild (Seithe 2025). Patrick Oehler hat in seiner wegweisenden Studie, in der er auf die über hundertjährige Tradition demokratiepolitischer Aktivitäten in der Sozialen Arbeit verweist, ein an Jürgen Habermas angelehntes deliberatives Verständnis rekonstruiert, das auf demokratische Handlungsfähigkeit und Diskussionen setzt und die Möglichkeit struktureller Veränderungen über den Einzelfall hinaus anerkennt (Oehler 2018).

Eine zentrale Referenz in der Demokratiegeschichte Sozialer Arbeit ist die Settlement-House-Bewegung und die Chicago School um Jane Addams und Florence Kelley (Franke/Pichl 2025; Winkler 2022). Jane Addams als Pionierin Sozialer Arbeit hat in ihrem Essay „Demokratie und Soziale Ethik“ von 1902 Konturen eines demokratischen Mandats Sozialer Arbeit vorgelegt (Addams 2023/1902). Anfang des 20. Jahrhunderts waren die Auswirkungen der kapitalistischen Industriegesellschaft auf die Lebensverhältnisse der Arbeiter*innen und Armen unübersehbar. Nicht zuletzt Addams und ihre Weggefährtin Florence Kelley haben diese Lebensverhältnisse in den Familien und Fabriken soziologisch dokumentiert. Addams diagnostizierte ein gesteigertes gesellschaftliches Interesse, einen „Kodex Sozialer Ethik“ bzw. eine „Sozialmoral“ (Ebd. 15), die sich auch in neuen sozialstaatlichen Gesetzen auswirke. Addams begriff als Maßstab ihres Handelns einen „Standard Sozialer Ethik“ (Ebd. 16). Diese soziale Ethik ist

⁶ Siehe <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/jugendsozialarbeit-rechtsextremismus-100.html> (letzter Aufruf: 16.02.2026).

für Addams eng mit einer „demokratischen Gestimmtheit“ bzw. einem „demokratischen Geist“ (Ebd. 16) verknüpft. Ihr zufolge ist die Demokratie dadurch gekennzeichnet, dass sich die Gesellschaftsmitglieder jeweils auch um die Belange und die Würde der anderen sorgen, weshalb das Prinzip der Solidarität in enger Verbindung mit der Demokratie steht. Dieses „demokratische Interesse am Leben“ (Ebd. 18) führt Addams dazu, unterschiedliche gesellschaftliche Lebensbereiche wie die Arbeit, die Familie, die Bildung und das kommunale Zusammenleben einer kritischen Überprüfung zu unterziehen und zu fordern, dass alle diese Lebensbereiche radikal demokratisiert werden müssen. So betont sie unmissverständlich, „dass das Heilmittel für die Missstände der Demokratie in einem Mehr an Demokratie liegt“ (Ebd. 19) und nicht an deren Beschneidung.

Addams integraler Demokratieansatz (Staub-Bernasconi 2019) war ein Impulsgeber für die demokratischen Selbstverständigungen der Sozialen Arbeit. Die Internationale Definition Sozialer Arbeit von 2014 (IFSW 2014) lässt zwar einen expliziten Demokratiebegriff vermissen.⁷ Dennoch soll Soziale Arbeit als Profession und wissenschaftliche Disziplin Gesellschaft verändern und weiterentwickeln, den sozialen Zusammenhalt stärken und Menschen ermächtigen und befreien. Die Menschenrechte, Gerechtigkeit und Verantwortung gelten dabei als Maßstäbe. In dieser strukturellen Dimension der Sozialen Arbeit ist ein impliziter Demokratiebegriff angelegt, der auf das Wechselverhältnis von Demokratie, Menschenrechten, sozialer Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit verweist. Postkoloniale Perspektiven bereichern diesen impliziten Demokratiebegriff der Sozialen Arbeit, indem sie blinde Flecken sichtbar machen und eurozentrische Sichtweisen hinterfragen. Eine intersektionale Machtkritik ruft Soziale Arbeit dazu auf, nicht nur demokratische Strukturen zu stärken, sondern auch ihre eigenen rassistischen Dynamiken zu hinterfragen, um Stigmatisierung und Ausschlüsse von Menschen zu verhindern. Dabei rücken Machtverhältnisse und Ungleichheiten in den Fokus der Auseinandersetzung. Postkoloniale Perspektiven können insofern helfen, hegemonialen Diskursen entgegenzuwirken, um Selbstbestimmung und sozialen Zusammenhalt für alle zu ermöglichen (Baquero u.a. 2024).

Soziale Arbeit soll sich zusammenfassend in einem umfassenden Sinne für die Selbstbestimmung der Menschen einsetzen. Dafür muss sie jedoch zugleich mit demokratischen Mitteln jene Strukturen kritisieren, die als Hemmnisse dieser Selbstbestimmung fungieren und jene Strukturen stärken, die die Handlungsmöglichkeiten demokratischer Selbstorganisationen befördern.

Orte der Demokratie

7 In der Definition von 2000 war noch von „demokratischen Idealen“ („democratic ideals“) die Rede.

Wenn wir im Folgenden also von „Orten der Demokratie“ sprechen, verwenden wir diese Begriffe vor dem Hintergrund der aktuellen Krisendiagnosen und dem Professions- und Mandatsverständnis der Sozialen Arbeit. Mit „Ort“ und „Demokratie“ führen wir zudem Begriffe an, die nicht ohne weiteres zu verstehen sind.

Zunächst zum Demokratiebegriff. Klassischerweise wird Demokratie als politische Ordnung beschrieben, in der das Volk⁸ der Souverän ist. Die Demokratieforschung ist sich jedoch sehr stark darin einig, dass eine allgemeingültige Definition des Begriffs „Demokratie“ nicht gelingen kann. Comtesse u.a. sehen eine klare Definition als Widerspruch dazu, dass sich Demokratie nur in der konkreten politischen Praxis herausbildet (Comtesse u.a. 2019: 457). Salzborn verortet die fehlende Verallgemeinerung des Begriffs ebenfalls in der Sache, denn „es liegt im Wesen der Demokratie selbst, dass sie sich einer verbindlichen, konsensfähigen Definition entzieht“ (Salzborn 2017: 7). Die Unklarheit und Umstrittenheit des Begriffs sind jedoch höchst ambivalent. Die Offenheit ermöglicht einerseits erst Demokratie in der konkreten Praxis auch „von unten“ zu gestalten, andererseits wird sie zugleich zum Objekt von Umdeutungsversuchen durch antidemokratische Akteur*innen, wenn sie nicht inhaltlich gefüllt wird (s.u.).

Wichtig ist uns, dass wir den Begriff Demokratie nicht auf die Staatsform mit freien Wahlen, Grundrechten und Gewaltenteilung reduzieren. Vielmehr deuten wir Demokratie offener, zum einen also als politische Staatsform, aber eben auch als soziale Praxis. So verstehen wir Demokratie als Prozess, in der Menschen unter möglichst gleichen Bedingungen über ihre Interessen und Bedürfnisse in Aushandlung treten, sich in entsprechenden Foren austauschen und im besten Falle einigen, oder zumindest respektvoll den Dissens anerkennen. Erbitterter Streit und Konflikt gehören hier genauso dazu wie die Möglichkeit, bestehende Normen und Regeln auch grundlegend in Frage stellen zu dürfen.

Auch den Begriff Ort gilt es an dieser Stelle stärker zu konturieren. In der geographischen Debatte wurde und wird intensiv über die Frage des Lokalen diskutiert. Dabei geht es vor allem um die Frage, welche Rolle konkreten Orten in einer globalisierten, digitalen und tendenziell entgrenzten Gesellschaft zukommt. Das Lokale und damit verbunden konkrete Orte wie eine Stadt, Stadtteile, Nachbarschaft oder auch Nachbarschafts- und Jugendzentren, Vereinshäuser und Eckkneipen, wurden hier vielfach als bodenständige Gegenstücke zur Welt „da draußen“ gezeichnet (Massey 1994: 147). Immer deutlicher wurde dabei, dass es nicht tragfähig ist, diese scharfe Gegenüberstellung vorzunehmen. Globale Dynamiken und Prozesse befinden sich stets in einer Wechselwirkung mit lokalen Formierungen. Insofern wurde anerkannt, dass sich im Lokalen Gesellschaft formiert und politisch bedeutsam ist (Miggelbrink/Mullis 2022). Konkrete Orte vor

8 Wobei dieser Begriffe in den meisten Strängen der Demokratieforschung nicht als ethnisch-exklusives Konzept verstanden wird, sondern vielmehr im demokratischen Prozess bestimmt wird.

Ort sind in gewisser Weise also lokal, sie sind aber mit Blick auf unsere Fragestellung in hohem Maße relevant für politische Willensbildung und als Erfahrungsräume von politischer Selbstwirksamkeit.

Orte der Demokratie verstehen wir folglich als frei zugängliche, soziale Erfahrungsräume der tatsächlichen physischen Begegnung zwischen Menschen, in denen gemeinsame Diskussionen sowie vor allem auch wirkliche Entscheidungsprozesse stattfinden. Diese Begriffsdefinition enthält einen Maßstab und eine Potenzialität, denn nur wenige Orte erfüllen diese demokratischen Mindestbedingungen. Schulen, Stadtteilzentren, Bibliotheken oder Vereinshäuser könnten prädestiniert sein, um demokratische Selbstwirksamkeit im Lokalen und in alltäglichen Begegnungen zu erproben – oft wird ihr Potenzial aber nicht ausgeschöpft oder sie weisen Demokratiedefizite auf, in denen Menschen Erfahrungen der Entfremdung machen. Um als „Orte der Demokratie“ zu fungieren, dürfen sich diese Begegnungen deshalb nicht auf die soziale Interaktion beschränken, sondern es geht um tatsächliche partizipatorische Aushandlungsprozesse um Allgemeininteressen. Um was es geht, ist die Erfahrung von faktischer Selbstwirksamkeit, von Streit und Kompromissen zwischen unterschiedlichen Interessenslagen.

Erkenntnisinteresse, Fragestellungen und Vorgehen

Aus eigenen Forschungsarbeiten wissen wir um die große Bedeutung von demokratischen Räumen und Kulturen vor Ort (Mullis 2024: 320), um diese Formen von Selbstbestimmung und Selbstorganisation zu verwirklichen. Vor Ort erleben Menschen ihren Alltag, sie erfahren Krisen und fühlen sich in lokalen Zusammenhängen eingebunden oder ausgeschlossen. Demokratie wird nur dann als funktional erlebt, wenn sie vor Ort einen Unterschied für die Menschen macht. Wenn also Demokratie als gesellschaftliche Ordnung tatsächlich in der Lage ist, Sorgen und Nöte der Menschen zu lösen, und sie nicht als Treiberin von Ungerechtigkeit wahrgenommen wird. Wir sind bei Weitem nicht die Ersten, die konkrete demokratische Orte in den Blick nehmen und die Relevanz von lokalen Erfahrungsräumen betonen. In der Sozialen Arbeit gibt es eine lange Tradition der Gemeinwesenarbeit, die immer auch mit demokratischen Fragen einherging. In jüngerer Zeit haben Alisch und Ritter mit ihrem Konzept der sozialen Öffentlichkeiten (Alisch/Ritter 2024b) und Manthe mit seiner Untersuchung über „Alltagsorte des sozialen Zusammenhalts“ (Manthe 2024) das Thema bearbeitet. In verschiedenen Bundesländern gibt es Förderlinien, die Orte der Demokratie unterstützen.⁹ Auch die Wüstenrot-Stiftung hat in einem Projekt „Gebaute Orte für Demokratie und Teilhabe“ identifiziert und gewürdigt.¹⁰ Für das Bundesland Hessen gibt

9 Siehe Sachsen: <https://www.demokratie.sachsen.de/orte-der-demokratie.html>; Nordrhein-Westfalen: <https://www.engagiert-in-nrw.de/aktuelle-meldungen/dritte-orte-45-mal-kultur-im-laendlichen-raum>; Baden-Württemberg: <https://www.bwstiftung.de/de/programme/vielfalt-gefaellt-orte-der-toleranz>, (letzter Aufruf: 16.02.2026).

10 Siehe: <https://orte-demokratie.de/>, (letzter Aufruf: 16.02.2026).

es weniger Forschungsmaterial über die Relevanz lokaler demokratischer Aushandlungsprozesse und viele der bisherigen Ansätze sind tendenziell aus einer bestimmten disziplinären Blickrichtung entstanden. In unserem Projekt sind wir daher den Möglichkeiten und Grenzen demokratischer Erfahrungsräume nachgegangen, die in lokalen Kontexten Begegnungen ermöglichen. Von hoher Relevanz sind dabei die Selbstverständnisse und Erfahrungen von Fachkräften, die diese Räume (mit-)organisieren. Im Mittelpunkt unserer Forschung standen drei Fragen:

1. Welches Demokratieverständnis liegt der Arbeit von Fachkräften in der Politischen Bildung und Sozialen Arbeit in ihrer Praxis an konkreten Orten zugrunde?
2. Wie müssen soziale Räume ausgestattet sein, um demokratische Begegnungen zu ermöglichen und zu stärken?
3. Wie können Menschenrechte und ein Soziales Recht die demokratische Handlungsfähigkeit in diesen sozialen Räumen befördern?

2. Methode

Unser Projekt liegt an einem interdisziplinären Schnittpunkt von Sozialer Arbeit, Politikwissenschaft, Rechtswissenschaft und Humangeographie. Interdisziplinarität wollten wir nicht nur als Schlagwort verstanden wissen, sondern als gesellschaftliche Forschungsarbeit am konkreten Gegenstand (siehe dazu näher: Pichl 2020: 379ff.). Wir haben Orte der Demokratie und die vielgestaltigen Herausforderungen untersucht, vor denen diese stehen, indem wir mit Aktiven in lokalen Kontexten und sozialen Räumen gesprochen haben. Im Gespräch mit Expert*innen aus Verbänden, Vereinen, der Sozialen Arbeit und Demokratiewerkstätten sowie im Austausch mit Wissenschaftler*innen haben wir unsere Forschungserkenntnisse generiert und fortlaufend reflektiert. Reflexion verstehen wir im Anschluss an Christine Resch als eine sozialwissenschaftliche Perspektive, um die herrschaftliche Bedingtheit des Forschungsprozesses, seine Ergebnisse und die eigene Involviertheit kritisch zu überprüfen (Resch 2014: 80).

Expert*innen- und Fokusgruppengespräche

Für unsere Untersuchung im Rahmen des Wissensnetzwerks haben wir eine multimethodische Vorgehensweise durchgeführt. Um unseren Gegenstand einzugrenzen, haben wir uns auf die Demokratiearbeit im Bundesland Hessen mit einem Fokus auf das Rhein-Main-Gebiet beschränkt. Auf der Basis einer Literaturrecherche über lokale Formen der Demokratie und die demokratischen Profile sozialarbeiterischen Handelns haben wir leitfadengestützte Expert*inneninterviews erstellt. In zwei Fokusgruppengesprächen haben wir mit insgesamt 8 Expert*innen aus Verbänden, Vereinen, der Politischen Bildung und aus der Wissenschaft über die Strukturen der Demokratieförderung und -arbeit in jeweils dreistündigen Gesprächen diskutiert. Die Interviews haben wir im Anschluss transkribiert, nach Kategorien sortiert und gemeinsam im Projektteam ausgewertet. Sofern wörtliche Zitate aus diesen Gesprächen in diesem Report auftauchen, wurden diese zur besseren Lesbarkeit ohne inhaltliche Veränderung grammatikalisch und stilistisch überarbeitet.

Übersicht Teilnehmer*innen Fokusgruppengespräche

Interviewpartner*innen	Institution
Antonia Bachmann	Landesfeuerwehrverband, Projekt „On Fire – Dein Ehrenamt, Deine Feuerwehr“
Dr. Carlos Becker	Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik
Klaus Bechtold	Stellv. Geschäftsführer Hessischer Jugendring
Nicole Broder	Leiterin Politische Bildung Bildungsstätte Anne Frank
Dr. Paul Erxleben	Demokratiezentrum Hessen & Institut für Sozialforschung Frankfurt/M.
Jana Freudenberger	Volkshochschule Frankfurt/M., Projekt Demokratiewerkstätten
Eric Gumlich	Referent für Kinder- und Jugendhilfe Paritätischer Wohlfahrtsverband Hessen
Julia Müller	Referentin für Politische Bildung Hessischer Jugendring

Als weiteres Gesprächsformat haben wir mit Praktiker*innen der Sozialen Arbeit, der Politischen Bildung und Gründer*innen sowie Gestalter*innen von „Orten der Demokratie“ über die konkreten lokalen Herausforderungen der Demokratiearbeit gesprochen. Bei diesem Format haben wir auf eine Aufnahme des Gesprächs verzichtet, um die Hürden für einen offenen Austausch zwischen den Praktiker*innen zu senken. Zur Dokumentation des Austauschs haben wir auf die partizipative Ketso-Methode zurückgegriffen (Furlong/Tippet 2013), die ursprünglich von Joanne Tippet in Lesotho entwickelt wurde. Ketso vereint kreatives und verknüpftes Denken mit experimentellem Lernen, um möglichst alle Teilnehmer*innen einer Diskussion einzubinden und ihre Beiträge in verästelten Baumstrukturen sichtbar zu machen (Wengel/McIntosh/Cockburn-Wooten 2019: 313). Im Rahmen der letzten Gesprächsrunde waren folgende Projekte und Institutionen aus Frankfurt am Main und dem RheinMain-Gebiet beteiligt:

- Gallusgarten (<https://gallusgarten.de/>)
- GelaGarten (<https://www.krfrm.de/venue/gelagarten/>)
- Jugendzentrum Break14 (<https://www.krfrm.de/venue/gelagarten/>)
- Jugendzentrum Fechenheim (<https://www.juz-fechenheim.de/>)
- Haus für Demokratie und Vielfalt Hanau (<https://www.hdv-hanau.de/>)
- Offenes Haus der Kulturen (<https://www.ohdk.de/>)

Soundingboard-Workshop

Wir haben uns bewusst dazu entschieden, unsere vorläufigen Forschungsergebnisse vor der Öffentlichkeit zu präsentieren und zur Diskussion zu stellen, bevor wir den Bericht finalisieren. Dabei sollten die Ergebnisse im Sinne der Interdisziplinarität des Projekts noch einmal aus Perspektiven beleuchtet werden, die wir in den Fokusgruppengesprächen nicht abbilden konnten. So wirkt sich auf die Forschungsergebnisse aus, dass wir überwiegend mit Expert*innen, Fachkräften und Aktiven aus zivilgesellschaftlichen Projekten gesprochen haben, die einen mehrheitlich

weißen und akademischen Sozialisationshintergrund haben. Die Perspektive von Personen mit Einwanderungsgeschichte oder einem prekären sozioökonomischen Status haben wir daher nur vermittelt über diese Gespräche rezipieren können. Im Rahmen unseres Forschungsprojekts, das eine Laufzeit von lediglich neun Monaten hatte, wäre es nicht möglich gewesen eine echte Vertrauensbasis zu Adressat*innen aufzubauen, die von Rassismus oder Klassismus betroffen sind, weshalb wir im Projekt auf einen solchen Zugang verzichtet haben.

In dem Soundingboard haben wir daher neben Expert*innen aus unseren Fokusgruppengesprächen noch explizit Vertreter*innen rassismuskritischer und menschenrechtsbasierter Perspektiven aus der Wissenschaft und Praxis der Sozialen Arbeit eingebunden.¹¹ Mit ihnen und einem interessierten Publikum haben wir sowohl unsere Thesen besprochen, als auch Leerstellen der Forschungsarbeit erörtert. Die dabei eingebrachten Ansichten, Einschätzungen und Kritiken haben wir im Anschluss ausgewertet und reflexiv in unsere Forschungsarbeit eingebaut.

Generell wurde zu den zentralen Thesen und Handlungsempfehlungen unseres Projektes viel Zustimmung geäußert. So wurde beispielsweise das dargelegte Spannungsfeld des Demokratiebegriffs zwischen einerseits einer starken Relevanz für Projektförderungen und einer andererseits teils abschreckenden Wirkung auf die Adressat*innen diskutiert (s.u.). Auch die Relevanz tatsächlicher Entscheidungsfähigkeit und ihre Umsetzung in Sozialräumen, die nicht auf völliger Selbstorganisation basieren, sondern organisatorisch moderiert werden, war ein zentrales Gesprächsthema.

Gleichzeitig wurde aber die Ambivalenz des Demokratiebegriffs an vielen Stellen deutlich. So wurde aus antirassistischer Perspektive die Kritik eingebracht, die Gesellschaft sei so stark von Ungleichheit geprägt, das Demokratie gemessen an ihrem eigenen Maßstab für viele Gruppen nicht existent sei. Stattdessen erkenne man demokratische Sozialräume gerade daran, dass es in ihnen zum Abbau der vorhandenen Demokratiedefizite komme.

Einheit von Forschung und Lehre

Schließlich verstehen wir Forschung und Lehre als Einheit. Begleitend zu dem Forschungsprojekt haben wir im Bachelor Soziale Arbeit an der Frankfurt University of Applied Sciences ein gleichlautendes Seminar angeboten. Mit den Studierenden haben wir die theoretischen Grundlagen des Projekts gemeinsam diskutiert und Orte der Demokratie im Rhein-Main-Gebiet gesucht und untersucht. Die studentischen Porträts von Orten der Demokratie haben wir im Rahmen des Soundingboards präsentiert.

11 Der Workshop fand am 8. Mai 2026 in der Dondorf-Druckerei Frankfurt am Main statt. Eingeladen waren die Expert*innen Arzu Çiçek, Nivedita Prasad, Newroz Duman, Jana Freudenberger Paul Erxleben und Michaela Filla-Raquin. Wir bedanken uns für den Austausch und das konstruktive Feedback.

3. Forschungsergebnisse

In diesem Kapitel fokussieren wir auf unsere Forschungsergebnisse. Zunächst betrachten wir die Frage der Demokratie: Was bedeutet sie in der Praxis, inwiefern ist der Begriff umkämpft und welche Rolle spielt die Struktur der bundesdeutschen Demokratieförderung? Anschließend betrachten wir verschiedene Orte, wobei wir zunächst konkrete Orte adressieren, dann die Rolle des Digitalen reflektieren und die Orte abschließend als soziale Infrastrukturen einordnen.

3.1 Demokratie

Was heißt Demokratie in der Praxis eigentlich?

„Wir müssen viel stärker einen Fokus auf die Räume werfen, die nicht das Label Demokratie haben, aber wo alltägliche Demokratiearbeit stattfindet“.¹²

Für ein Forschungsprojekt, das den Begriff der Demokratie im Namen trägt, war von Anfang an die Frage von Bedeutung, was unter Demokratie eigentlich zu verstehen ist. Bereits bei der Anfrage an Expert*innen und Praktiker*innen erhielten wir zum Teil verwunderte Nachfragen, warum wir ihre Tätigkeiten als Demokratiearbeit verstehen. In den Fokusgruppengesprächen stellte sich dann aber während der Diskussionen schnell heraus, dass viele Akteur*innen ihre Arbeit im Jugendzentrum oder in einem Gartenprojekt tatsächlich als Beitrag zur kollektiven und partizipativen Gestaltung von Gesellschaft verstehen, dass sie dies aber nicht unmittelbar mit Demokratie – oft verstanden als Staatsform – assoziierten.

In unseren Gesprächen mit den Expert*innen, Fachkräften und Praktiker*innen gab es einen weitgehenden Konsens: Eine rein formalistische, nur auf die politische Ordnung abzielende Definition teilte niemand. Fachkräfte aus Frankfurter Jugendzentren setzen bereits im Kleinen an: Eindrücklich schilderte eine Fachkraft, dass die Jugendlichen in das Juz zum Essen kommen und sich erst einmal heftig darüber streiten, wie die Nahrungsmittel untereinander verteilt werden – dies ist offensichtlich ihrem schwierigen sozialen Status und einer unzureichenden Verpfle-

12 Interview Gumlich, 12.11.2025, 33:44 – 35:54.

gungssituation in Schule und Familie geschuldet.¹³ Das Beispiel zeigt, dass die Kinder- und Jugendarbeit mitunter erst einmal die drängenden materiellen Nöte und Sorgen bearbeiten muss.

Interessanterweise beginnt bei dem Umgang mit dieser schwierigen Situation bereits ein demokratischer Aushandlungsprozess. Die Jugendlichen werden von den Fachkräften begleitet und überlegen sich gemeinsam mit ihnen eine Vorgehensweise, wie das Essen gerecht verteilt werden könnte. In diesem Prozess mussten sie ihre Einzelinteressen aufgeben und gemeinsam erproben, wie sie zu verbindlichen Entscheidungen kommen, die für alle einen akzeptablen Kompromiss darstellen. Bereits hier könnten Jugendliche Erfahrungen mit Demokratie sammeln, meinten die Fachkräfte. Ein solches Demokratieverständnis begreift diese nicht vorrangig als politische Ordnung, sondern als „Lebensform“ (Alisch/Ritter 2024a: 9; Negt 2010) und entspricht zugleich dem radikalen Demokratieverständnis von John Dewey, der erhebliche Einflüsse auf die Erziehungswissenschaft, Sozialpädagogik und Soziale Arbeit ausgeübt hat. Dewey zufolge, der als Zeitgenosse mit Jane Addams im regen Austausch stand, ist Demokratie ein „Erfahrungsraum, in dem gestaltende und empfangende, gemeinschaftliche wie individuelle Komponenten ineinandergreifen“ (Jörke/Selke 2019: 81). Von außen betrachtet erscheine ein Jugendzentrum erst einmal nicht als klassischer „Ort der Demokratie“.

„Ein Jugendzentrum ist ja nur, die spielen Billard, Kicker und Playstation, aber da passiert ja viel mehr letztendlich. Und das wird nicht anerkannt“.¹⁴

Im 17. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung wird der zentrale Beitrag der Kinder- und Jugendhilfe beschrieben, um niedrigschwellig auf Krisen der Demokratie zu reagieren:

„Um Demokratie angemessen zu fördern und allen Formen von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit etwas entgegenzusetzen, sind demokratische Erlebnisse für die Kinder und Jugendlichen essenziell; Mitbestimmung und Selbstwirksamkeit im geschützten Raum der Kinder- und Jugendhilfe tragen dazu bei“ (BMFSJ 2024: 76).

Zugleich liegt eine Gefahr darin, selbstwirksame Demokratieerfahrungen auf die Kinder- und Jugendarbeit zu begrenzen. In unseren Gesprächen mit Praktiker*innen äußerten Teilnehmer*innen

13 Belastbare Zahlen zur Ernährungsarmut in Hessen gibt es zwar nicht, aber das Thema hat in den vergangenen Jahren – aufgrund der Wirtschaftskrise, Inflation und höheren Lebensmittelpreisen – vermehrt an öffentlicher Aufmerksamkeit erhalten, vgl. HNA vom 7.8.2025, <https://www.hna.de/welt/nudeln-reicht-ernaehrungsarmut-in-deutschland-wenn-das-geld-nur-fuer-noch-fuer-ein-paar-zr-93870148.html>, (letzter Aufruf: 16.02.2026).

14 Interview Gumlich, 12.11.2025, 33:44 – 35:54.

die Kritik, dass anti-demokratische Strukturen in der Schule – aber auch im Arbeitsumfeld – nicht von kleinen, zeitlich befristeten und finanziell prekär ausgestatteten Projekten aufgefangen werden können. Dort, wo die Menschen die meiste Zeit (Schule, Arbeit und Familie) verbringen, sind sie in der Regel Strukturen ausgeliefert, die sie nicht wirklich selbst gestalten können. Diese Kritik hatte bereits Jane Addams in ihrer Sozialen Ethik eindeutig formuliert. Demokratieprojekte und die Kinder- und Jugendarbeit fungieren dann mitunter nicht als Orte der Demokratie im weiten Sinne, sondern als „Orte der Rehabilitation von schlechten Erfahrungen“ wie es eine Teilnehmerin aus einem interkulturellen Gartenprojekt in unseren Gesprächsformaten beschrieben hat.

Während die Fachkräfte der Sozialen Arbeit ein sehr weites Demokratieverständnis vertreten, um ihre Orte zu gestalten, werden die Grenzen des Begriffs auf der Ebene der Politischen Bildungsarbeit enger gezogen. Eine Referentin aus dem Hessischen Jugendring formulierte dies folgendermaßen:

„Gleichzeitig finde ich es problematisch, wenn Begriffe so ausgedehnt werden, dass sie ihre Bedeutung verlieren. Im Hessischen Jugendring gab es eine intensive Diskussion, was das Selbstverständnis der hessischen Jugendverbände zu kritischer Politischer Bildung ist. Es ist wertvoll, die Perspektive zu öffnen, und zu sehen, wo findet Demokratiebildung und -arbeit statt. Gleichzeitig finde ich es schwierig, alles als Politische Bildung oder als Demokratiearbeit zu bezeichnen (...)“.¹⁵

Die politischen Herausforderungen aus den vergangenen Jahren führen innerhalb der Verbände zu Prozessen, in denen das eigene Selbstverständnis kritisch hinterfragt wird.

Auch innerhalb der Politischen Bildung wird über den genauen Inhalt des Demokratiebegriffs genauer diskutiert:

„Wir versuchen diesen Begriff eigentlich relativ klar zu diskutieren und auch klar zu umreißen und auch herauszuarbeiten, wo das Politische darin steckt“.¹⁶

Diese Selbstverständigungsprozesse in den Verbänden und in der Fachdebatte der Sozialen Arbeit wie auch der Politischen Bildung sind vor dem Hintergrund der Krisen von Demokratie produktiv: Immer stärker wird darüber reflektiert, dass Demokratiearbeit und Politische Bildung systematisch in die konkrete Alltagsarbeit einbezogen werden sollen. Sportvereine verstehen sich zunehmend als Orte der Demokratie und wurden im Kinder- und Jugendbericht der Bun-

¹⁵ Interview Müller, 19.11.2025, 14:45 – 15:44.

¹⁶ Interview Bechtold, 19.11.2025, 28:38 – 31:15.

desregierung auch als solche benannt (Ahlrichs/Fritz 2021). Die angestrebte Restrukturierung von „Demokratie Leben!“, durch den auch Sportvereine explizit gefördert werden sollen, unterstreicht diesen Anspruch zusätzlich. Der Landessportbund Hessen hat sich 2024 beispielsweise explizit zur Demokratie und den Menschenrechten bekannt und dargelegt, dass antidemokratische und insb. rassistische Positionen keinen Platz in den Sportverbänden haben sollen.¹⁷ Es besteht jedoch die Gefahr einer Diskrepanz zwischen den demokratischen Selbstverständnissen und der gelebten politischen Kultur. Hierauf haben auch Teilnehmer*innen in unseren Workshops hingewiesen:

„Reicht es zu sagen, wir sind demokratisch und vielfältig, oder müssen wir daran arbeiten? Es gibt immer mehr Verbände, die an den Punkt kommen zu sagen, man muss schon irgendwie vielleicht doch dran arbeiten.“¹⁸

Das bedeutet, in der Praxis soll es darum gehen, partizipatorische Aushandlungsprozesse unmittelbar zu praktizieren.

Für die Schulsozialarbeit und Jugendverbandsarbeit haben Probst und Vaupel ausgehend von den Zielen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (SGB VIII) argumentiert, dass sich hieraus ein demokratiepolitisches Mandat ableiten lässt. Das habe sowohl für die Fachkräfte Relevanz und setze neue Impulse für partizipatorische Prozesse mit Kindern und Jugendlichen.

*„Das heißt, Fachkräfte der Jugend(verbands)arbeit sind (auf dem Papier) sowohl Akteur*innen politischer Bildung als auch selbst jugendpolitische Akteur*innen. Als Akteur*in politischer Bildung geht es uns vor allem um Demokratie als Lebensform und um das Politische. Dem gegenüber geht es uns als jugendpolitische*r Akteur*in um Einflussnahme auf die formale Politik und damit auf die Demokratie als Herrschaftsform“ (Probst/Vaupel 2024: 30f.).*

Im Gegensatz zu dieser demokratiepolitischen Aufwertung von alltäglichen Begegnungen mit Kindern in der Jugendhilfe war in unseren Gesprächen zugleich auffällig, dass die klassischen „Orte der Demokratie“, nämlich politische Institutionen und Foren der Partizipation, zunehmend kritisch betrachtet werden. Fachkräfte aus der Sozialen Arbeit wussten über ihre jungen Adressat*innen zu berichten, dass diese z.B. Orte wie Jugendparlamente mitunter als „elitäre Veranstaltungen“ wahrnehmen und sie so erlebten, dass dort nichts entschieden werden könne, was

17 <https://www.landessportbund-hessen.de/geschaeftsfelder/kommunikation-und-marketing/pressemitteilungen/pressemeldung/fuer-demokratische-werte-gegen-rechtsextremistische-positionen/>, (letzter Aufruf: 16.02.2026).

18 Interview Bechtold, 19.11.2025, 45:59 – 51:04.

am Ende auch umgesetzt wird. Die als pseudo-demokratisch empfundenen Foren würden eher abschreckend wirken, schildern sie. Dieser Eindruck deckt sich mit den Befunden, die der 17. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung mit Nachdruck als Herausforderung beschreibt.

„Die Problematik demokratiefeindlicher Haltungen und Einstellungen wird auch durch eine mangelnde politische Repräsentation und Teilhabe verschärft. Menschen fühlen sich oft nicht gehört oder einbezogen, was besonders jene betrifft, die strukturell von Entscheidungsprozessen ausgeschlossen sind“ (BMFSJ 2024: 49).

In unseren Gesprächen wurden Beispiele genannt, wo Kinder und Jugendliche am Anfang noch zur Gestaltung ihres Lebensumfelds befragt werden, dann aber nichts daraus entsteht. Als Beispiel wurde der Bau eines Spielplatzes genannt, der errichtet werden sollte, aber der Prozess zog sich dann so lange hin, dass die ursprünglich befragten Kinder diesen gar nicht mehr nutzen konnten, weil sie zwischenzeitlich erwachsen geworden sind. Das erzeugt Frustration und entfremdet Menschen vom politischen System sowie dem Ideal einer demokratischen Mitbestimmung.

Während junge Menschen sich laut dem Kinder- und Jugendbericht weiterhin in großer Zahl zur Demokratie bekennen würden, formulierten sie zugleich Kritik an politischen Parteien und deren Repräsentant*innen (Ebd.: 57). Diese ernüchternden Befunde im Hinblick auf klassische Foren der Demokratie sollten nun nicht damit einhergehen, diese institutionellen Orte aufzugeben. Aber die Entscheidungsbefugnisse dieser Orte der Demokratie für Kinder und Jugendliche sind zu begrenzt.

Einige Bundesländer wie Baden-Württemberg, Brandenburg, Bremen, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern haben auf diese Problematik – auch angesichts der demografischen Entwicklung – unter anderem damit reagiert, das Wahlalter auf 16 Jahre zu senken. Das Bundesland Hessen hält weiterhin am Wahlalter 18 fest. Eine tatsächliche demokratische Stärkung der Schüler*innenvertretungen und Jugendparlamente im Sinne einer echten Mitentscheidung bei den sie betreffenden Fragen ist ebenfalls nicht angedacht, wäre aber entscheidend, um demokratische Mitbestimmung effektiv im Alltag der Menschen zu verankern.

Umkämpfte Demokratie

Überraschenderweise drehten sich viele unserer Gespräche darüber, inwiefern der Begriff der Demokratie umkämpft ist und umgedeutet wird. Auf viele Adressat*innen wirkte bereits der Begriff „Demokratie“ abschreckend.

„Und es geht so weit, dass gerade in ostdeutschen Landkreisen, so wie wir es mitkriegen, aber auch in Regionen im Westen Leute schon angefeindet werden, wenn sie Demokratie als Begriff irgendwo draufschreiben. Also es ist einfach so. Viele sagen, sie nutzen den Demokratiebegriff generell nicht mehr. Das ist sehr, sehr bedenklich (...). Teilweise werden auch Leute schon bedroht, wenn sie den Demokratiebegriff oder ein Projekt mit dem Demokratiebegriff an Schulen umsetzen. (...) Weil der Demokratiebegriff auch schon als etwas sehr Hochschwelliges auf der einen Seite wahrgenommen wird, das bestimmte, nicht erreichbare Voraussetzungen der Teilhabe erfordert, oder weil Demokratie direkt mit dem Staat, mit Parteien, etc. assoziiert und damit im Ganzen abgelehnt wird (...).“¹⁹

Demokratie wird dann nicht als Lebensform oder als Möglichkeit der Selbstwirksamkeit wahrgenommen, sondern mit dem abgelehnten politischen System und den (vermeintlichen) Eliten gleichgesetzt.²⁰ Ein Problem ist, dass die Demokratieförderung (s.u.) der Logik folgt, dass der Begriff der Demokratie nicht nur in den Ausschreibungen, sondern auch in der konkreten Praxis auftauchen soll. Aus diesem Grund ist es sinnvoll, lokale Strukturen zu stärken, aber um ihnen auch eine demokratische Richtung zu geben, braucht es bundesweit und landesweit vernetzte Expert*innen, die beraten und qualifizieren können.

Anders sieht es hingegen aus, wenn Politische Bildung im öffentlichen Sektor stattfinden soll. Hierzu berichtete eine Teilnehmerin, dass das Label „Stärkung der Vielfalt“ oder „Stärkung von demokratischen Kompetenzen“ essenziell für den Zugang zu dieser Zielgruppe sei.²¹

Eine pauschale Schlussfolgerung, wie mit dem Demokratiebegriff umzugehen ist, lässt sich aus den Gesprächen nicht ableiten, vielmehr kommt es auf die spezifische Zielgruppe an, die adressiert werden soll. Die Offenheit des Demokratiebegriffs (s.o.) macht ihn jedoch anfällig dafür, dass sich anti-demokratische Akteur*innen diesen in öffentlichen Auseinandersetzungen aneignen und umdeuten.

Gerade die extreme Rechte betreibt eine Begriffs- und Geschichtspolitik, „die (Begriffe) nicht dekonstruiert, sondern die alte Bedeutung neu festlegt“ (Weiß 2025: 242). Demokratie, Men-

19 Interview Becker, 12.11.2025, 38:39 – 40:43.

20 Der Elitenforscher Michael Hartmann hat festgestellt, dass in der gesamten bundesrepublikanischen Zeit bis 2024 die „soziale Rekrutierung der politischen Elite (...) am offensten“ ist (Hartmann 2025: 202), also mehr Zugänge für Menschen aus nicht-akademischen Haushalten und der Gesamtbevölkerung ermöglicht. Doch dieser prinzipielle positive Befund kehrt sich seit einigen Jahren um (Ebd. 203). Bei der politischen Elite folgte „auf eine Zeit der sozialen Öffnung stets eine der erneuten Schließung“ (Ebd.: 207).

21 Interview Broder, 12.11.2025, 40:43 – 41:46).

schenrechte, Sicherheit (Perkowski u.a. 2023) und Rechtsstaat (Pichl 2024), also zentrale Begriffe des politischen Systems, werden uminterpretiert, um sie für antidemokratische Positionen anschlussfähig zu machen. In der Leipziger Autoritarismusstudie haben die Forscher*innen aus Befragungen rekonstruiert, dass Demokratie als Idee von 89,4 Prozent der Menschen in Westdeutschland befürwortet wird, während dies in Ostdeutschland auf 94,6 Prozent der Befragten zutrifft (Decker u.a. 2024: 72). Dies ist ein historisches Tief bezüglich der Einstellungen in Westdeutschland. Die deutlich positivere Bewertung in Ostdeutschland muss jedoch relativiert werden, denn der Begriff der Demokratie ist im Wandel. Gerade seit der zweiten Amtszeit von US-Präsident Donald Trump verbreiten sich in der Öffentlichkeit Verständnisse über die Demokratie, die (vermeintliche) politische Mehrheiten verabsolutieren und unter dem Deckmantel des Demokratiebegriffs autoritäre und faschistische Politiken legitimieren (Amlinger/Nachtwey 2025; Pichl 2026a).

In anderen Bundesländern zeigen die Monitor-Berichte den Trend auf, dass der Begriff der Demokratie im Wandel begriffen ist und die hohe Zustimmung für die Demokratie auch kritisch hinterfragt werden muss. Derlei Umdeutungen finden die Autor*innen des „Sachsen-Anhalt-Monitors“ von 2025 in ihren Befragungen. Sie sehen deutliche Anzeichen dafür, dass sich „ein anderes Demokratieverständnis beginnt durchzusetzen“ (SAM 2025: 64). Personen, die sich in Befragungen selbst als Demokrat*innen verstehen, befürworten gleichzeitig einen Ein-Parteien-Staat und einen starken politischen Führer. „Der Trend“, so die Autor*innen, „spiegelt im Sinne des Systemerhalts eine ungünstige Entwicklung, die neben der bereits herausgearbeiteten Bereitschaft, anti-demokratische Systemalternativen zu akzeptieren, eine durchaus verbreitete antistaatliche Einstellung umfasst, die mittelfristig Handlung zur Folge haben kann“ (SAM 2025: 73). Aus der Autoritarismus-Studie lässt sich ableiten, dass dieser Umwandlungsprozess auch aus den Defiziten der fehlenden demokratischen Mitbestimmung im Alltag herrührt. Die Zufriedenheit mit der konkreten Funktionsweise von Demokratie im Alltag geht seit der letzten Erhebung von 2022 drastisch zurück und liegt im Gesamtdurchschnitt bei nur noch 42,3 Prozent (2022: 57,7 Prozent) (vgl. Decker u.a. 2024: 73f.). Entsprechende Befunde liefert auch der erste Demokratie-Monitor über Hessen. Demzufolge befürworten 95,4 Prozent der Befragten die Demokratie als Idee, aber nur 64,3 Prozent sind mit ihrem Funktionieren im Alltag zufrieden.²²

Wenn trotz aller Offenheit des Demokratiebegriffs jedoch nicht inhaltlich darüber diskutiert wird, was Demokratie meint und wovon sie abzugrenzen ist, dann existiert auch keine gemeinsame Grundlage. Ein Experte meinte in unseren Gesprächsrunden:

22 Siehe dazu: <https://wissenschaft.hessen.de/presse/erster-hessen-monitor-zeigt-demokratie-in-hessen-fest-verankert-erwartungen-an-politik-steigen>.

„Soziale Orte sind essentiell, aber: Es ist ja zugleich nicht gesagt, dass ein sozialer Ort per se, wenn Menschen da zusammenkommen, eine Form von Gemeinschaft bilden, die an sich schon demokratisch ist. Es findet erstmal soziale Interaktion statt. (...) Wie sichert man denn eigentlich bei diesen Begegnungsorten, wenn man sie nicht direkt Orte der Demokratie nennt, die aber dann nicht den gleichen Zulauf haben, trotzdem den demokratischen Gehalt, die demokratische Gesinnung dieser Orte und Zusammenkünfte? Gemeinschaft ist ja nicht per se demokratisch, sondern kann auch in ihr genaues Gegenteil umschlagen.“²³

Akteur*innen aus der konkreten Demokratiearbeit berichten über konflikthafte Aushandlungsprozesse, wie mit antidemokratischen Positionen umgegangen werden soll. Müssen „Orte der Demokratie“ tatsächlich für alle Positionen offen sein? Oder müssen nicht auch Grenzen gezogen werden, um ein demokratisches Selbstverständnis zu erhalten? Insbesondere die Grund- und Menschenrechte sind hier ein wesentlicher Maßstab, um eine Demokratie für alle von einer identitären völkischen Demokratie zu unterscheiden. Um es auf den Punkt zu bringen: Auf demokratische Toleranz sollte nur setzen können, wer Demokratie – hier explizit nicht auf die Staatsform reduziert, sondern offener verstanden –, Menschenrechte und Grundwerte selbst auch achtet.

Demokratieförderung

Ein wichtiges Thema, dass alle Teilnehmer*innen immer wieder in den Gesprächen aufgebracht haben, ist die bereits unter den bis 2026 bestehenden Richtlinien als sehr unzureichend wahrgenommene Demokratieförderung. Die Förderung der Demokratiearbeit und von Beratungsstrukturen unterliegt stets gesellschaftlichen Wandlungsprozessen und der Frage, was als „finanzierungswürdig erachtet“ wird (Erleben 2025: 137). Obwohl Projekte wie „Demokratie leben!“ und vergleichbare Förderlinien auf Landesebene auch wichtige Errungenschaften der Demokratiearbeit darstellen, stehen sie strukturell immer vor der Gefahr, eingestellt oder wie aktuell in der Debatte fundamental umgebaut zu werden. Der erste NSU-Bundestagsuntersuchungsausschuss hatte fraktionsübergreifend – von CDU/CSU bis Linkspartei – dieses Problem anerkannt und im Jahr 2013 „mit Nachdruck eine (Verstetigung) und Neuordnung der Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus“ gefordert (BT-Drs. 17/14600, S. 866). Aus dieser Empfehlung ist jedoch nichts geworden. Bereits die Ampel-Bundesregierung hat ein eigentlich angestrebtes Demokratiefördergesetz (BT-Drs., 20/5823) auch aufgrund von Widersprüchen in der Koalition nicht verabschiedet. Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung von 2025 ist von einer langfristigen Förderung keine Rede mehr.

23 Interview Becker, 12.11.2025, 00:53 – 05:51.

Vor diesem Hintergrund haben die Gesprächsteilnehmer*innen vielgestaltige Defizite der aktuellen Demokratieförderung benannt. Der starke Fokus auf die „Extremismusprävention“ wird kritisch gesehen. Dies spiegelt seitens der Praxis wissenschaftliche Debatten, worin vielfach betont wurde, dass der Extremismusbegriff unwissenschaftlich und nicht in der Lage sei, Probleme und Strukturen in der Mehrheitsgesellschaft tatsächlich zu adressieren (Berendsen/Rhein/Uhlig 2019; Fuhrmann 2019). Der politisch gewollte Präventionsgedanke lege außerdem einen zu starken Fokus auf die Gruppe der männlichen Jugendlichen, während ältere Personengruppen und deren anti-demokratische Einstellungen nicht in den Blick geraten. Vielfach genannt wurde das Problem, dass die befristeten Projekte erfolgreiche Bindungs- und Bildungsprozesse kaputt machten.

„Diese Logik immer in Projektlogiken denken zu müssen, jedes Projekt braucht einen Innovationscharakter, man muss irgendwas neu denken, neu erfinden und ein Produkt haben – das ist so hinderlich für Konzepte, die man schon hat, wo man weiß, die laufen eigentlich sehr gut.“²⁴

Die Gefahr bestehe, dass man durch Unterbrechungen Adressat*innen dauerhaft verliert, wie eine Referentin aus dem Landesfeuerwehrverband schildert:

„Ein Problem eben (...) ist die schwierige Projektförderung. Wenn die nicht weitergeführt wird oder eine Pause dazwischen entsteht, wie bei uns jetzt, (...) dass wir Leute, die wir vorher erreicht haben, nicht mehr erreichen, weil sie überdrüssig geworden sind. (...) Wir haben 60 Leute verloren, vorher waren es so ca. 80, und jetzt haben sich nur 20 zurückgemeldet.“²⁵

Nicht nur die Fluktuation der Teilnehmer*innen, sondern auch der Mitarbeiter*innen aufgrund befristeter Verträge verhindere eine nachhaltige Demokratietarbeit.

„Es ist nicht nur relevant, wie lange das Projekt läuft, sondern auch wie lange im Idealfall auch die verantwortlichen Personen daran arbeiten. Das ist ganz klar. In der Erwachsenenbildung taucht immer wieder die Frage zur Beziehungsarbeit in freiwilligen Kontexten auf.“²⁶

Schließlich spielte die Verankerung der Demokratieförderung eine Rolle. In Bezug auf Hessen wurde problematisiert, wie die Demokratieförderung im Innenministerium verankert ist. Hier entstehe ein überraschender Widerspruch: Dieses Ministerium begreift seine Bereiche (Polizei,

24 Interview Broder, 12.11.2025, 04:14 – 06:20.

25 Interview Bachmann, 19.11.2025, 01:11:33 – 01:12:58.

26 Interview Freudenberger, 12.11.2025 (08:46 – 11:54).

Verfassungsschutz, Katastrophenschutz,...) als Daueraufgabe, die gesetzlich verankert sind. Ausgerechnet im Feld der Demokratiearbeit gilt aber die Logik der befristeten Projektfinanzierung. Angeregt wurde daher, die Demokratieförderung strukturell anders zu verankern. Die geplante Einführung eines hessischen Demokratiefördergesetzes könnte in dieser Hinsicht einen qualitativen Unterschied bringen und Demokratiearbeit dauerhaft absichern.

Ein großes Thema waren die Angriffe auf Demokratieprojekte und -arbeit. Viele Gesprächspartner*innen verwiesen auf die Neutralitätsdebatte, die dazu führe, dass in der Praxis sehr unklar sei, was nun als (politisch) neutrale Demokratiearbeit verstanden werden könne und was nicht. Insgesamt, so der Eindruck, werde der Mythos geschürt, Demokratiearbeit müsse politisch vollkommen neutral sein. Durch parlamentarische Anfragen setze insbesondere die AfD viele Projekte diesbezüglich unter Druck. Aber auch die Ankündigung seitens des Bundesfamilienministeriums, künftig geförderte Projekte im Rahmen einer „Extremismusklausel“ durch den Verfassungsschutz prüfen zu lassen, dürfte die Unsicherheit zusätzlich stärken (vgl. 4.). Zugleich seien diese enormen Angriffe laut einem Experten auch der Ausweis ihrer Wirkungskraft:

„Ich glaube, dass der Widerstand gerade auch von rechter Seite (...) ein Zeichen davon ist, wie wirksam die sind. Die rechten Akteure wissen sehr wohl, dass diese Art der Arbeit Effekte hat, die gegen ihre Intention laufen“.²⁷

Die Unklarheiten bezüglich der Neutralitätsdebatte werden von extrem rechten Akteur*innen also strategisch genutzt, um Demokratiearbeit zu delegitimieren und demokratische Institutionen von innen zu schwächen. Die genannten AfD-Anfragen zielen darauf ab (wirksame) Projekte, die ihre Hegemonie bedrohen, zu diskreditieren. Michael Walzer zeigt in *Spheres of Justice* (1983), dass scheinbare Neutralität in ungleichen Machtkonstellationen den Starken begünstigt. Dauerfinanzierung schafft institutionelle Rückendeckung für wertorientierte Demokratiearbeit, die nicht durch parlamentarische Störfeuer erpressbar ist, sondern demokratische Resilienz langfristig aufbaut.

3.2 Orte

Konkrete Orte

In allen drei Gesprächsformaten wurde mit Nachdruck die große Relevanz von leicht zugänglichen Orten der demokratischen Begegnung hervorgehoben. Vor allem im Nachgang zur Corona-Pandemie wurde der Wert des direkten Aufeinandertreffens betont. Die Jugendsozialarbeiter*innen brachten in das Gespräch mit ein, dass für ihre Klientel öffentliche Plätze zum Treffen, aufhalten und austauschen schlicht fehlen. Dies hat, wie Studien zeigen, nicht nur politische

²⁷ Interview Erxleben, 19.11.2025 (01:12:58 - 01:18:33).

Konsequenzen, sondern führt auch unter jungen Menschen verstärkt zu Einsamkeit.²⁸ Aber auch andere zivilgesellschaftliche Projekte, die von „unten“ entstehen, und mit denen wir gesprochen haben, wie der Gallusgarten oder das Offene Haus der Kulturen, erläuterten, dass jede demokratische Initiative ohne einen konkreten Raum nicht von Dauer ist. Nur mit „großartigen Konzepten“, aber ohne Orte, kommen keine Menschen zusammen, wie eine Teilnehmerin meinte.

Das „Haus der Demokratie“, das in Hanau entstehen soll, setzt beispielsweise explizit auf den Aufbau eines konkreten Ortes, um Demokratie- und Bildungsinitiativen räumlich miteinander zu vernetzen. Demgegenüber hat die Initiative 19. Februar bereits kurze Zeit nach dem rassistischen Terroranschlag von Hanau mit dem Raum „140qm gegen das Vergessen“²⁹ einen sozialen Raum für die Trauerarbeit und Vernetzung der Angehörigen und Hinterbliebenen eröffnet, in dem zugleich demokratische Aushandlungsprozesse darüber stattgefunden haben, wie man die Forderung nach echter Aufarbeitung in das politische Feld tragen kann.

Die große Relevanz von konkreten Orten, die nicht nur auf befristeten Projekten basieren, findet sich auch in einigen Forschungsbeiträgen jüngerer Zeit. Nachtwey sieht vor dem Hintergrund des neoliberalen Umbaus einen Zerfallprozess öffentlicher Räume sowie von politischen Assoziationen. Dies sei ein wesentlicher Faktor für die demokratische Erosion.

„Vereine und Klubs, Orte, die man heute der Zivilgesellschaft zurechnen würde, boten nicht nur Rückzugsräume und Entlastung vom gesellschaftlichen Druck, sondern hier ließ sich (wenn auch im Kleinen) die Gesellschaft – oder gleich eine Gegen-Gesellschaft – organisieren. Das galt sowohl für die Arbeiterklasse als auch für die bürgerlichen Mittelschichten. Man erlebte Selbstwirksamkeit, hatte einen Ort, wo die eigene Stimme zählte. Hier konnte man Ressentiments artikulieren, fand aber zugleich eine Form von Sozialisation, kollektiver Identität, sozialer Einbettung und eben auch sozialer Kontrolle. Gemeinschaften und intermediäre Assoziationen sind in diesem Sinne immer auch Schulen der Demokratie und Zivilität“ (Nachtwey 2017: 220f.).

Der Mitgliederschwund in den Vereinen, Kirchen und Gewerkschaften trägt dazu bei, dass diese „Schulen der Demokratie und Zivilität“ verschwinden. Aber auch öffentliche Orte wie Schwimmbäder, Bibliotheken und Kneipen kann man zu diesen Orten zählen, wo Sozialisationserfahrungen in der Begegnung mit anderen Menschen gemacht werden. Der Politikwissenschaftler Wolfgang Schroeder forderte unlängst aus diesem Impuls heraus „10.000 Kneipen für Deutschland“ als

28 Siehe dazu: <https://www.malteser.de/aware/hilfreich/studie-zur-einsamkeit-junge-menschen-besonders-betroffen.html>.

29 Siehe: <https://19feb-hanau.org/der-soziale-raum/>.

unkonventionelle Demokratieförderung (2026). Nicht immer werden diese Orte demokratisch verwaltet und die starke Bezugnahme auf die Nachbarschaft oder Gemeinschaft im Lokalen kann auch ein gefährliches Einfallstor für homogene Vorstellungen des Zusammenlebens sein, die Menschen ausschließen. Die Neue Rechte versucht gerade an solche kommunitaristischen Vorstellungen im Konservatismus anzudocken, um ihre völkischen Ideen zu normalisieren (Linden 2025). Deswegen argumentieren wir in diesem Forschungsbericht, dass sich Impulse für Demokratie nicht automatisch aus sozialen Begegnungen ableiten lassen, sondern eine menschenrechtsbasierte Begleitung brauchen. Nichtsdestotrotz lässt sich mit Manthe festhalten, dass „das zunehmende Fehlen von Begegnung (...) unserer Demokratie“ schade (2024: 11). Gerade abseits urbaner Zentren fehlen solche Begegnungsräume oft völlig. Dort, wo demokratische Orte und soziale Beziehungen wegbrechen, betreiben zudem autoritäre und extrem rechte Kräfte die Raumnahme. „Dort, wo Jugendzentren schließen, gibt es rechte Gruppen, die das Feld besetzen“, warnte der Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit (DGSA) Christian Spatschek in einem Interview.³⁰ Solche Prozesse rechter infrastruktureller Territorialisierungen (Autor*innenkollektiv Terra-R 2025: 134) etablieren mitunter dauerhaft anti-demokratische Orte. „Normalisierungsprozesse“ von antidemokratischen Einstellungen sind „nicht ohne räumlichen Bezug zu verstehen (...)“ (Heck/Großmann 2024: 196).

In unseren Diskussionen gab es viele Einwürfe von den Gesprächspartner*innen, wie schwierig es ist, demokratische Orte im Rahmen der bisherigen Demokratieförderlogik insbesondere dauerhaft zu etablieren. Vor allem der massiv unter Druck stehende Immobilienmarkt und damit verbunden steigende Mieten erschweren es, gemeinwohlorientierte und damit nicht profitorientierte Öffentlichkeiten zu schaffen. Die befristeten Demokratieprojekte stehen daher vor dem Problem, dauerhafte Infrastrukturen aufrechtzuerhalten. So sagte uns ein Experte über Demokratieförderung:

„Einige Demokratieprojekte hatten starke Krisen, sodass sie dann ihre Büroräume zwischendurch nicht mehr mieten konnten. Und das ist ein Phänomen, das ich auch in den ostdeutschen Bundesländern häufig berichtet bekommen habe, dass tatsächlich die Räumlichkeiten, in denen Beratung stattfinden kann, schwierig und prekär werden, weil die Förderstrukturen es nicht mehr so verlässlich erlauben, Mietverträge laufen zu lassen. (...) Im Langzeitvergleich von sagen wir mal 10, 15 Jahren geht diese Zahl der Orte zurück; aus verschiedenen Gründen, teils, weil die Mietpreise so stark steigen, gerade in Großstädten, ist es schwierig diese Orte zu erhalten.“³¹

30 Tagesspiegel v. 26.4.2024, <https://www.tagesspiegel.de/politik/sozialarbeiter-warnen-vor-sparkurs-wo-jugendzentren-schliessen-gibt-es-rechte-gruppen-die-das-feld-besetzen-11576333.html>, letzter Aufruf 16.02.2026.

31 Interview Erleben, 19.11.2025 (32:26 – 34:31).

Trotz der großen Relevanz echter demokratischer und vor allem konkreter Orte, enthalten die Demokratieförderlinien in aller Regel keine Mittel, um dauerhafte Orte zu etablieren oder zumindest eine entsprechende Anschubfinanzierung zu leisten. Auch im zukünftigen Umbau von „Demokratie leben!“ ist dies nicht vorgesehen. Die Demokratietheoretikerin Bonnie Honig hat in ihren Vorlesungen *Public Things. Democracy in Disrepair* (2017) herausgestellt, dass öffentliche Güter und Orte, die kollektiv genutzt werden, eine Voraussetzung der Demokratie sind. Alisch und Ritter haben ausgehend von den Erkenntnissen aus der Gemeinwesenarbeit und sozialen Stadtentwicklung den Begriff der sozialen Öffentlichkeit geprägt (Alisch/Ritter 2024b). Es brauche

„Formen von Öffentlichkeiten (...), die zunächst nicht den Anspruch an die politische Abstraktionslogik haben, sondern die Raum geben für kleinteilige und alltagsbezogene Fragen, die im Sozialen formuliert werden können. Im Sozialen des Alltags werden also Themen, Konflikte, Interessen und Bedürfnisse quasi vorformuliert, die dann in einer Reformulierung in den politischen Öffentlichkeiten (...) verarbeitet werden können“ (Ebd.: 36).

Räumlich ungebundene Projekte haben das Problem, dass sie am Ende zerfasern, keine Verbindlichkeiten entstehen und die Menschen in ihrem Alltag keine Notwendigkeit zur demokratischen Aushandlung erfahren. Exemplarisch wurde das in unseren Gesprächen deutlich am Beispiel der Erfahrungen aus dem Netzwerk Demokratie und Courage (NDC), das eine demokratiefördernde Bildungsarbeit an Schulen anbietet. Die stark hierarchisch organisierten Schulen werden zunächst nicht als Orte der Demokratie vorgefunden und sie lassen sich auch nicht innerhalb von kurzer Zeit in solche umwandeln. Aber Projektstage können Impulse schaffen:

„Ich fände es pathosbeladen zu behaupten, dass sechs Schulstunden Orte der Demokratie schaffen. Aber ich glaube, was solche Projekte schaffen können, ist ein offener Austausch, der ohne Lehrkräfte stattfindet, was schonmal einen Unterschied macht und den Raum auch verändert, weil offener gesprochen werden kann, ohne Bewertung. Menschen können ermutigt werden, sich in ihrem Alltag zu engagieren“.³²

Zugleich sind gerade Grundschulen und Kitas die Orte, wo alle gesellschaftlichen Gruppen eines Stadtteils zusammenfinden und die potenziell geeignet wären, als Orte der frühen Demokratieerfahrung zu fungieren.

³² Interview Müller, 19.11.2025, (51:33 52:48).

„Das sind, glaube ich, gute Räume, um Demokratiearbeit zu machen, ohne sie direkt so labeln zu müssen. Das Problem ist aber in vielen dieser Räume, also in der stationären Jugendhilfe, im Kita-Bereich oder in der Schule, das letztendlich wenig Zeit mehr dafür bleibt, weil es geht nur noch darum, den Alltag irgendwie am Laufen zu halten. Der Fachkräftemangel ist massiv und die Fachkräfte priorisieren auch andere Themen.“³³

Teilnehmer*innen wiesen in den Gesprächen zugleich darauf hin, dass die genaue Ausgestaltung des Ortes, auch in architektonischer oder ästhetischer Hinsicht, einen Unterschied mache, ob dieser Ort offen bzw. demokratisch genutzt wird. Der Zugang bestimmter gesellschaftlicher Gruppen zu öffentlichen Orten ist auch vom Habitus abhängig. Der Ort selbst kann im Falle einer langfristigen Nutzung aber auch einen identitätsstiftenden Beitrag leisten. So trug beispielsweise der Sozialarbeiter aus dem Juz Fechenheim während unseres Gesprächs einen Pullover, auf dem das Haus selbst abgedruckt war.

Schließlich war vielen Gesprächsteilnehmer*innen wichtig, dass diese Orte nicht einfach sich selbst überlassen bleiben können. Eine Moderation oder sozialarbeiterische Begleitung von kommunikativen Austausch- und Entscheidungsprozessen ist essenziell. Dafür braucht es aber nicht nur finanzielle Mittel für den Ort, sondern auch für das Personal. Deutlich wird deshalb, dass neben der Anbindung von Orten der Demokratie in Regelstrukturen auch geschultes Personal, Expert*innen und externes Wissen zentral sind, um lokal wirklich einen Unterschied machen zu können.

Digitale Räume

Größere Diskussionen gab es bei den Gesprächen über die Rolle digitaler Räume. Auch digitale Plattformen können Orte einer fruchtbaren Begegnung sein. Ihnen wird auch weiterhin ein utopisches Potenzial für die Demokratisierung gesellschaftlicher Verhältnisse zugeschrieben (Thiel 2014). Aber insbesondere die von den großen Tech-Konzernen betriebenen Social Media-Plattformen betrachten wir in unserem Projekt explizit nicht als Orte der Demokratie, wenngleich von dort demokratische Impulse ausgehen können. Die Plattformen sind aber nicht demokratisch organisiert, kommerziell ausgerichtet, intransparent in ihrem Vorgehen und reproduzieren durch ihre Algorithmen gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse oder begünstigen wie X gar explizit rechtsextreme Narrative.

Extrem rechte Narrative und Netzwerke werden verstärkt durch einen intensivierten transnationalen Austausch von Gedanken und Ressourcen auch über die Sozialen Medien. Durch Verbindungen mit ideologisch nahestehenden und demokratiefeindlichen Gruppen in Nachbarländern wie

33 Interview Gumlich, 12.11.2025 (21:00 – 23:29).

Frankreich, Ungarn und Großbritannien, sowie geographisch fernerer Kontexte wie den USA werden rechte Bewegungen in Deutschland bestärkt (Gulde/Mullis 2026). So entstehen und verfestigen sich länderübergreifend Netzwerke wie die Identitäre Bewegung. Soziale Medien (YouTube, Tik-Tok und Telegram) werden zu einem Spielfeld extrem rechter Akteure, um rasant neue (junge) Anhänger*innen zu gewinnen. Deutsche Jugendliche übernehmen US-Alt-Right-Ästhetik, während französische Influencer*innen wie Thaïs d'Escufon Zemmour-ähnliche Kampagnen pushen. Heute 20-jährige haben zudem ihre gesamte politische Sozialisation in Zeiten durchlaufen, in denen rechtsextreme Narrative, Parteien und Regierungen mitunter diskursprägend waren, das hinterlässt zunehmend Spuren in ihrer politischen Orientierung (Mullis 2025).

Viele unserer Gesprächsteilnehmer*innen sprachen sich vor diesem Hintergrund dafür aus, dass öffentliche Netzinfrastrukturen aufgebaut werden müssen, die demokratische Anforderungen erfüllen.

Im Umgang mit Demokratietarbeit in digitalen Räumen gibt es immer noch sehr große Suchbewegungen nach geeigneten Diskussionsformaten und Instrumenten.

*„Da gibt es so viele antidemokratische Ideologien, die sehr ungefiltert auf junge Nutzer*innen treffen, und da ist zu fragen: Wie kann man da Orientierung bieten? Wie kann man gute Inhalte haben? Wie kann man Räume schaffen, wo sich junge Menschen aus marginalisierten Gruppen überhaupt gesehen oder irgendwie adressiert fühlen? (...) Da steht Politische Bildung erst am Anfang.“³⁴*

Eine Herausforderung ist dabei, dass jede digitale Plattform ihre je eigenen Codes, Logiken und Sprechweisen hat. Zwischen Twitch, TikTok, Instagram und Reddit gibt es große Unterschiede. Fraglich ist, ob sich aufgrund der Algorithmen überhaupt eine demokratische Gegenöffentlichkeit aufbauen und inwieweit sich der Anspruch an eine differenzierte Politische Bildung dort aufrechterhalten lässt.³⁵ In der Sozialen Arbeit werden vermehrt Konzepte wie aufsuchende Digital Streetwork diskutiert, die eine größere Verbreitung finden. Was jedoch fehlt, ist ein „umfassendes Qualifikationsprofil für das fachliche Handeln mit digitalen Medien in der Sozialen Arbeit“ (Dinar 2025: 85). Wiederum zeigt sich hier ein Problem der Demokratieförderung:

34 Interview Broder, 12.11.2025 (46:04 – 48:06).

35 Das Projekt „Unlearning Antifeminism on TikTok“ unter Leitung von Michaela Kramer und Franziska Bellingner hat bspw. Plattformspezifische Bildungsmaterialien erstellt, um antifeministischen Diskursen entgegenzuwirken, siehe: <https://www.antiantifeminism.org/>.

„Vielfach sind ja auch gerade die Öffentlichkeitsmittel in solchen Projekten ziemlich gering. Also vor allem viel zu gering, wenn es darum geht, den digitalen Raum zu bespielen.“³⁶

Soziale Infrastrukturen

In der Diskussion um Demokratiearbeit ließ sich an vielfältigen Punkten der Gespräche mit Expert*innen, Verbändevertreter*innen und Fachkräften feststellen, dass die Trennung von Demokratiearbeit und Sozialpolitik in der Praxis nicht tragfähig ist. Dieser Befund schließt an die gesellschaftswissenschaftliche Debatte um Soziale Infrastrukturen an. Darunter sind öffentliche Güter und Orte zu verstehen, an denen die Grundbedürfnisse des sozio-kulturellen Lebens verwirklicht werden.

Insbesondere Frankfurt am Main hat diesbezüglich eine eigene Geschichte: Das Neue Frankfurt verknüpfte stadtplanerisch und architektonisch Fragen des Gemeinwohls, der öffentlichen Fürsorge und der demokratischen Partizipation zu einer „soziokulturellen Organisation des gesellschaftlichen Lebens“ (Weber 2025: 23). Im Rahmen des Forschungsprojekts haben wir uns mit dem Ansatz des Neuen Frankfurt stärker beschäftigt und gemeinsam mit Studierenden die Ausstellung „Yes we Care. Das Neue Frankfurt und die Frage nach dem Gemeinwohl“ im Museum für Angewandte Kunst besucht.³⁷ Dieses umfassende Modernisierungsprojekt zielte neben innovativen Bauprojekten auch auf eine Vergemeinschaftung von Bildung, Gesundheit und Ernährungssicherheit. Dies konnte nur durch eine finanzielle Umverteilung in den 1920er Jahren realisiert werden, zum Beispiel durch die Erhebung einer Hauszinssteuer. Dadurch konnte die „auf einem freiwilligen Mäzenatentum basierende Fürsorge- und Bildungsarbeit in die Strukturen der kommunalen und damit steuerlich finanzierten städtischen Verwaltung vollzogen werden“ (Ebd.: 16). Wenngleich das Neue Frankfurt in einer anderen historischen Zeit, geprägt von den Verwerfungen des ersten Weltkriegs und der weiten Verbreitung sozialistischer Ideale durchgesetzt wurde, lassen sich aus diesem Stadtmodernisierungsprogramm Impulse für eine sozialstaatliche Rahmung von Orten der Demokratie ableiten.

„Dekommodifizierungsstrategie und demokratische Gestaltung sind die beiden zentralen Elemente Sozialer Infrastruktur, die für die radikal-reformistische Transformationsperspektive dieses sozialpolitischen Konzeptes stehen“ (Martin/Wissel 2018: 213).

36 Interview Becker, 12.11.2025 (54:34 – 55:55).

37 Siehe: <https://www.museumangewandtekunst.de/de/besuch/ausstellungen/2025/yes-we-care-das-neue-frankfurt-und-die-frage-nach-dem-gemeinwohl/>, letzter Aufruf 16.02.2026.

Der Soziologe Eric Klinenberg versteht unter sozialen Infrastrukturen öffentliche Institutionen wie Bibliotheken, Schulen, Spielplätze, Parks, Schwimmbäder, Nachbarschaftsgärten uvm., die Menschen dazu einladen, sich öffentlich zu begegnen (Klinenberg 2018) – wobei es hier explizit nicht um demokratische Aushandlungsprozesse gehen muss, vielmehr stehen die Begegnungen selbst im Vordergrund (vgl. Merrifield 2013). Dieser Ansatz ist insofern vergleichbar mit dem „Dritte-Orte“-Konzept des Soziologen Ray Oldenburg. Auch in unserem Projekt haben wir mit kommunalen Nachbarschaftsprojekten gesprochen, die solche Begegnungen ermöglichen. Auch diese Projekte stehen vor finanziellen und räumlichen Herausforderungen, weil sie oft privat gestemmt werden müssen.

Umso mehr rücken bereits bestehende physische Orte in den Fokus einer demokratischen Neuverständigung. In den letzten Jahren gibt es eine viel stärkere Diskussion über den demokratischen Auftrag solcher Orte wie Museen und Bibliotheken. Auch der Umbau des „Demokratie leben!“-Programms zielt u.a. auf eine größere Einbeziehung von Bibliotheken ab. Im Rahmen unseres Projektes haben wir uns unter anderem mit der Rolle von Stadtteilbibliotheken beschäftigt, die auch Klinenberg als eine zentrale soziale Infrastruktur ansieht. Dies schlägt sich zum Teil schon in den gesetzlichen Grundlagen nieder. Nach § 3 Abs. 1 des Hessischen Bibliotheksgesetzes (HessBiblG), das seit 2010 in Kraft ist, sollen Bibliotheken die demokratische Teilhabe an der politischen Willensbildung durch den freien Zugang zu Informationsquellen sicherstellen. Zugleich sollen sie auch das bürgerschaftliche Engagement stärken und Instrumente der Partizipation entwickeln (§ 3 Abs. 2 HessBiblG). Insofern „erlaubt und ermuntert (das Recht) Bibliotheken zu einem demokratiebezogenen Engagement“ (Steinhauer 2023: 175). Der Bibliotheksverband Hessen stellt das Jahr 2026 zum Beispiel unter das Motto „Offen für Alle. Stark für Demokratie“.

Wenn Museen oder vergleichbare dauerhafte Institutionen Orte der Demokratie sein sollen, benötigen sie hierfür jedoch auch finanzielle Mittel und externe Expertise, die Wissen bündelt und vermittelt, denn Demokratiearbeit braucht eine finanzielle und wissensbasierte Grundlage und lässt sich nicht aus dem Grundbudget sowie aus dem lokal isolierten Wissen heraus realisieren. Dies wurde in Gesprächen, die wir mit dem hessischen Bibliotheksverband geführt haben, sehr deutlich. Die rechtlichen Grundlagen und Aufgabenzuweisungen führen oft zu keiner Verpflichtung des Bundeslandes, die Kommunen mit entsprechenden Mitteln für diese Orte auszustatten. Demokratiearbeit kann allenfalls über Projekte gefördert werden, die aber in der Regel nur mit Sachmitteln und nicht mit Personalkosten verbunden sind. Somit fällt Demokratiearbeit am Ende oft hinten runter.

4.

Menschenrechtsorientierte Demokratiearbeit

In unseren Forschungsergebnissen konnten wir vielfältige Herausforderungen der Demokratiearbeit identifizieren und feststellen, wie wichtig konkrete Orte der Demokratie sind. Interessanterweise wurde der gesetzliche Rahmen für Demokratiearbeit oft als Problem beschrieben bzw. als sehr unzureichend, um Orte der Demokratie zu etablieren, zu schützen und langfristig zu halten. Wir leuchten daher im Folgenden die Potenziale einer menschenrechtsorientierten Demokratiearbeit und zugleich eines Sozialen Rechts aus, um Demokratiearbeit zu schützen und langfristig zu verankern.

Menschenrechtsorientierung

Soziale Arbeit lässt sich nach ihrer Definition und professionellen Berufsethik als eine Menschenrechtsprofession (Staub-Bernasconi 2019) beschreiben, die universalistische und humanistische Leitlinien der eigenen Arbeit zugrunde legt. Eine solche Orientierung hilft auch dabei, Demokratieverständnisse zurückzuweisen, die im Kern anti-demokratische Tendenzen beinhalten, indem sie Demokratie als Mehrheitsherrschaft verabsolutieren und insbesondere Minderheitenrechte aushöhlen.

Für Orte der Demokratie ist eine menschenrechtsbasierte Praxis vor diesem Hintergrund unerlässlich, um die lokalen Begegnungen und partizipatorischen Aushandlungsprozesse so zu gestalten, dass Minderheiten nicht übertrumpft und ausgeschlossen werden und Zugänge zu diesen Orten haben. Orte der Demokratie können zugleich auch Räume sein, von denen aus die Impulse ausgehen können, um Menschenrechte durchzusetzen. Mit dem Instrument der strategischen Prozessführung, das immer auch Klagekollektive umfasst (Hahn 2024), ist es auch für Soziale Arbeit anhand von geeigneten Einzelfällen möglich, konkret die Menschenrechte von Klient*innen grundsätzlich einzufordern (siehe dazu vertiefend: Dietrich u.a. 2026). Eine solche Praxis würde an die Vorarbeiten der Gemeinwesenarbeit anschließen und an die Arbeiten von Jane Addams und Florence Kelley in Chicago. Denn das „Hull House“ als Ort der Demokratie war ein Ausgangspunkt, um zugleich demokratisch in die Stadtpolitik Chicagos zu wirken und die Rechte von Betroffenen auch auf dem gesetzgeberischen Weg und in Gerichtsverfahren zu erstreiten.

Demokratie und Sozialstaat

Art. 20 GG definiert die Bundesrepublik Deutschland als demokratischen und sozialen Bundesstaat. Nicht ohne Grund hängen die Aspekte der Demokratie und der Sozialstaatlichkeit miteinander zusammen, sie bedingen sich wechselseitig. Dies schlägt sich jedoch in der Demokratiearbeit oft nicht nieder. Die alltägliche sozialstaatliche Arbeit wird in aller Regel nicht als Demokratiearbeit gefördert. Dabei gibt es zuhauf demokratiepolitische Aufgabenzuweisungen. § 1 Abs. 1 SGB VIII erklärt, dass die Kinder- und Jugendförderung dazu beitragen müsse, junge Menschen zu einer selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit zu erziehen. Diese Fähigkeiten und Eigenschaften lassen sich jedoch nur in konkreten demokratischen Erfahrungsräumen einüben. Oft wird die Demokratiearbeit aber nur als Präventionsarbeit gegenüber „extremistischen Gefahren“ verstanden, nicht als Regelarbeit oder gar als Bereich des Experimentierens und kollektiver Selbstermächtigung. Spätestens mit Einführung des Kinder- und Jugendhilfestärkungsgesetzes³⁸ im Jahr 2021 ist ein klarer gesetzgeberischer Auftrag für eine demokratische Förderung der Sozialen Arbeit gegeben. Schröder führt hierzu aus:

„Die Verfahren, Leistungen, Angebote und Infrastrukturen sind rechtlich aufgefordert, Selbstbestimmung im Spiegel der alltäglichen sozialen Teilhabe der jungen Menschen erfahrbar zu machen. Dies bedeutet auch, sich darüber klar zu werden, was unter Selbstbestimmung verstanden wird und welche Bedeutung sie für die unmittelbare soziale Leistungswirklichkeit und Infrastrukturen der Kinder- und Jugendhilfe in den unterschiedlichen Feldern hat“ (Schröder 2021: 355).

In der Diskussion um das (gescheiterte) Demokratiefördergesetz kam die Frage auf, auf welcher Grundlage in diesem Fall der Bund überhaupt Demokratiearbeit im Rahmen der Leistungsverwaltung unterstützen darf. Kritiker*innen bezogen sich darauf, dass der Bund keine geeignete Kompetenz hierfür habe (vgl. WD 3 - 3000 - 019/24). Der Rechtswissenschaftler Christoph Möllers argumentierte in einem Gutachten jedoch dafür, die Kompetenz in der öffentlichen Fürsorge zu sehen (Art. 72 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 74 Abs. 1 Nr. 7 GG). Die öffentliche Fürsorge umfasse „jede Altersgruppe vom Kindergartenkind bis zur Seniorin“ (Möllers 2020: 14). Außerdem umfasse sie „Bildung und Erziehung“ als demokratische Aufgabe (Ebd.: 15).

Zwar beschränkte Möllers die daraus folgende Kompetenz auf die „Extremismusprävention“ (Ebd.: 21), aber anknüpfend an diese Idee lässt sich der Zusammenhang zwischen Demokratieförderung

38 An der Reform gab es viel Kritik aus der Sozialen Arbeit, die an dieser Stelle nicht vertieft werden kann. Siehe dazu Fuchslocher/Ziegler 2017. Siehe dazu auch die Sachverständigenanhörung im Deutschen Bundestag, <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw08-pa-familie-staerkungsgesetz-820550>, letzter Aufruf 16.02.2026.

und öffentlicher Fürsorge als sozialstaatliches Programm klarer begründen. Wenn Demokratiearbeit zugleich als sozialstaatliche Aufgabe im Sinne der Fürsorge verstanden wird, dann kann sie in die Regelstrukturen von Trägern der Sozialen Arbeit, in die Sozialgesetzbücher und speziellere Gesetze überführt werden. Sie löst sich damit aus der mitunter gefahrenabwehrrechtlichen Logik und macht Demokratiearbeit zur Daueraufgabe.

Ein solches Verständnis geht auch über den geplanten Umbau des „Demokratie leben!“-Programms hinaus, das die befristete Projektlogik weiterführen soll. Aus einer sozialpolitischen Perspektive könnte sich für die Demokratiearbeit zugleich der Vorteil ergeben, nicht nur befristete Projekte zu finanzieren, sondern Mittel in den Aufbau konkreter physischer Orte zu investieren. Im Rahmen des baurechtlichen Vorkaufsrechts könnten Städte und Gemeinden, möglicherweise mit Förderung des Bundes, geeignete Räume erwerben und Demokratieinitiativen zur Verfügung stellen (Vorsteher 2025).

Neutralität und „Extremismusklauseln“

Vor allem zwei Elemente mit juristischem Bezug sind in den vergangenen Jahren als Instrumente eingesetzt worden, um Demokratiearbeit anzugreifen und einzuschränken. Auch in unseren Gesprächen mit den Expert*innen, Fachkräften und Demokratiearbeiter*innen vor Ort kamen diese oft vor: der Mythos der politischen Neutralität und das staatliche Misstrauen gegenüber Demokratiearbeit durch Extremismusklauseln.

Unter dem Schlagwort der vermeintlichen Neutralität werden Demokratieprojekte angegriffen, die sich politisch zu Fragen des Rechtsextremismus und Autoritarismus verhalten oder sich schlicht für die Werte und die Vielfalt des Grundgesetzes aussprechen. Insbesondere die AfD nutzt den Vorwurf der fehlenden parteipolitischen Neutralität, um Vereine und Initiativen nicht nur politisch, sondern auch mit Klagen vor Gerichten unter Druck zu setzen. Die Neutralität, die weder im Grundgesetz noch im einfachen Recht definiert ist, leitet sich aus den Grundsätzen des fairen Parteienwettstreits ab (Art. 21 GG). Eigentlich richtet sich dieser Grundsatz vor allem an die staatliche Exekutive, indem staatliche Mittel und Ressourcen nicht eingesetzt werden sollen, um gegen politisch unliebsame Gegner vorzugehen. Das Bundesverfassungsgericht hat dieses Prinzip auf sehr problematische Weise in seiner Rechtsprechung auf politische Äußerungen von Regierungsvertreter*innen generell ausgeweitet (Pichl 2024: 163ff.).

Diese Rechtsprechung wird in Teilen der Rechtswissenschaft zutreffend kritisiert, da sie die demokratische Auseinandersetzung mit der extremen Rechten erschwere (Hong 2022; Payandeh 2022). Mittlerweile wird dieser Grundsatz der Neutralität jedoch sogar auf zivilgesellschaftliche Projekte übertragen, wenn diese staatliche Fördermittel erhalten. Die Logik dahinter: Erhält ein Träger Geld vom Staat, dann überträgt sich das für den Staat bestimmte Neutralitätsgebot auf die Geldnehmer. Diese Übertragung rechtlicher Pflichten des Staates

auf zivilgesellschaftliche Akteur*innen ist rechtlich nicht haltbar und erweist sich vor allem als politischer Hebel, um Demokratiearbeit anzugreifen. Im Bundesland Sachsen hat die AfD bspw. einen Untersuchungsausschuss nach einem problematischen Bericht des Landesrechnungshofs einsetzen lassen, um die Förderpraxis zu untersuchen und Druck auf Soziale Arbeit und Zivilgesellschaft auszuüben. Auf diese Weise wird das Neutralitätsgebot zum „Maulkorb für die Zivilgesellschaft“ (Deyda 2025).

„Der Staat muss selbstverständlich die zweckgemäße Mittelverwendung überprüfen. Wird aber schon jede parteikritische Äußerung als Verstoß gesehen, lässt solch ein Neutralitätsverständnis von der Gewährleistung der zivilgesellschaftlichen Äußerungsautonomie nicht viel übrig“ (Ebd.: 96).

Der Vorwurf der fehlenden Neutralität verunsichert Mitarbeiter*innen in Demokratieprojekten und dünnt zivilgesellschaftliche Arbeit in konkreten Orten der Demokratie aus. Aus einer grundrechtlichen Perspektive ist diesen Vorwürfen entgegenzuhalten, dass zivilgesellschaftliche Vereine und Verbände keine staatsähnlichen Funktionen ausüben, selbst wenn sie öffentliche Fördermittel erhalten. Für sie gilt das parteipolitische Neutralitätsgebot der Exekutive nicht. Insbesondere verlieren sie durch die Förderung nicht die Möglichkeit, ihre Grundrechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Anspruch zu nehmen (siehe dazu auch Hufen 2024). Ansonsten würde die Förderung der Demokratiearbeit in der Praxis auf eine Reduzierung demokratischer Tätigkeiten hinauslaufen. Die freien Träger würden faktisch als staatliche Organe verstanden, was sie freilich nicht sind. Die politische Handlungsfähigkeit der Demokratiearbeit muss daher erhalten bleiben:

„Zu tagespolitischen Themen darf jeder Verein Stellung nehmen, auch wenn die Themen nicht von den eigenen Satzungszwecken gedeckt sind. Darüber hinaus darf sich jeder Verein entsprechend seiner Satzungszwecke politisch engagieren. Da Rechtsextremismus aber für viele gemeinnützige Themen – etwa Gleichberechtigung, Klimaschutz oder Hilfe für Geflüchtete – eine Bedrohung ist, lässt sich diese Verknüpfung oft leicht herstellen. Zu achten ist jedoch darauf, dass die politischen Äußerungen nicht den Mittelpunkt der eigenen Tätigkeit darstellen“ (Kube/Voß 2026: 207).

Bei den „Extremismusklauseln“ handelt es sich um Nebenbestimmungen von Zuwendungsbescheiden im Rahmen der Demokratieförderung. Vereine und Initiativen werden bspw. dazu verpflichtet, sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung (fdGO) zu bekennen, aber auch auszuschließen, dass in ihren Reihen oder mit den finanziellen Mitteln Personen und Tätigkeiten mit einem „extremistischen Bezug“ gefördert werden. Schon Anfang der 2010er Jahre führte das Bundesfamilienministerium diese Extremismusklauseln ein, die das Ministerium aber aufgrund

des politischen Protests der Träger und einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts Dresden³⁹ wieder zurücknehmen musste.

Aus rechtlicher Perspektive sind solche Klauseln in der Regel rechtsstaatlich zu unbestimmt (Pichl 2026b): Die Zuwendungsempfänger müssen auch im Rahmen der Leistungsverwaltung wissen, was der Staat konkret von ihnen erwartet. Mit derartigen Klauseln geht ein grundlegendes Misstrauen gegenüber Demokratieprojekten einher, die in Zeiten zunehmender Angriffe vielmehr politische Rückendeckung benötigen würden. Der Begriff des „Extremismus“, der in diesen Klauseln immer wieder fällt, ist wissenschaftlich höchst umstritten (Berendsen/Rhein/Uhlig 2019), hat keine Entsprechung in rechtlichen Grundlagen und wird in der Praxis von Sicherheitsbehörden und Gerichten oft willkürlich und eher als Staatsschutzinstrument verwendet. Der ebenfalls problematische fdGO-Begriff (Schulz 2019) wurde durch das Bundesverfassungsgericht immerhin dahingehend konkretisiert, dass es hierbei um die Grundprinzipien des demokratischen Staates geht (Rechtsstaatsprinzip, Demokratieprinzip, Menschenwürde).⁴⁰ Extremismusklauseln behindern ganz konkret Demokratietarbeit und sollten daher nicht als Instrument weitergenutzt werden.

Soziales Recht

In unseren Gesprächen und in der Diskussion aktueller juristischer Probleme für die Demokratietarbeit ist deutlich geworden, dass es an rechtlichem Schutz für Orte der Demokratie fehlt und viele Projekte das Recht mitunter als „Law & Order“-Instrument wahrnehmen, das ihre Arbeit einschränkt.

In einem demokratischen und sozialen Bundesstaat sollten rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die zivilgesellschaftliches und demokratisches Engagement fördern und bestärken. Der Staat sollte nicht seine tagespolitischen Ziele auf die Zivilgesellschaft ummünzen, sondern vielmehr finanzielle und steuerrechtliche Rahmenbedingungen für eine vielfältige kreative Entfaltung schaffen. Eine vielstimmige demokratische Kultur, die auch Kritik und Widerspruch gegen Regierungshandeln formuliert, stärkt Demokratie und unterfüttert staatliche Prozesse mit Leben. Zivilgesellschaft als Gefahr zu brandmarken, unterläuft letztlich Demokratie und schadet Vertrauen in Staatlichkeit und Repräsentation. Unter einem Sozialen Recht, das Demokratie fördert, verstehen wir im Anschluss an Günter Frankenberg, dass durch das Recht die Handlungsfähigkeit zivilgesellschaftlicher Akteur*innen sowie damit einhergehend ihre Autonomie bestärkt wird:

39 VG Dresden, 25.04.2012 -- 1 K 1755/11.

40 BVerfG, Urt. v. 17.01.2017 – 2 BvB 1/13.

„Von einem sozialen Recht wäre deshalb zu fordern, daß es die nicht-staatliche Solidarisierung fördert und damit einer Zivilgesellschaft von größerer Dichte zuarbeitet. Denkbar wäre, selbstorganisierten Gruppen, die soziale Dienste unterhalten, eine den Tarifpartnern vergleichbare Normsetzungsbefugnis zu verleihen. Möglich wäre auch, die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben (...) steuerrechtlich zu begünstigen. Ein pluralisiertes Rechtskonzept dieser Art würde einer möglichen oder bereits existierenden Vielfalt sozialer Bindungen und solidarischer Verhältnisse entgegenkommen und damit beitragen, das Soziale sichtbar zu machen“ (Frankenberg 1997: 206).

Das Soziale Recht fungiert nicht als staatliche Kontrollinstanz gegenüber der Zivilgesellschaft, sondern als Ermöglichungsinstrument, um durch Rechtspositionen Autonomie zu festigen und zu fördern. Dafür müsste die Logik der bisherigen Demokratieförderung umgestellt werden: Statt der Gefahrenabwehrprävention von „Extremismus“ müsste die soziale Demokratisierung des Alltags im Vordergrund stehen.

5. Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen

In unserem Forschungsprojekt konnten wir die Möglichkeiten und Grenzen von „Orten der Demokratie“ ausloten. Orte der Demokratie sind aus unserer Sicht ein anzustrebendes Ideal, wobei den schwierigen Bedingungen der Praxis zum Trotz menschenrechtsbasierte und partizipatorische Orte geschaffen werden.

Orte der Demokratie sind offene Treffpunkte der sozialen Begegnung. Um Demokratie zu fördern, müssen sie darüber hinaus die Vielfalt pluralistischer Gesellschaften widerspiegeln, Austausch fördern und Erfahrungen der Selbstwirksamkeit ermöglichen. In vielen Fällen ist dies nicht ohne Fachkräfte möglich, da es an der breiten Erfahrung mit solchen Orten fehlt. Die geschulte Moderation durch Fachkräfte adressiert Sorgen und Machtgefälle direkt und schafft gerechtere Räume, die marginalisierten Wissenssystemen Legitimität geben. Als solches können demokratische Orte einen Beitrag gegen die Landnahme durch die extreme Rechte leisten.

In Reaktion auf die Krise der Demokratie ist es geboten, Orte zu schaffen und zu erhalten, in denen Menschen konkrete demokratische Erfahrungen machen können, die von Dauer sind. Das heißt insbesondere Erfahrungen von Selbstwirksamkeit, was Freiräume und Kompetenzen für Entscheidungen und deren Umsetzung impliziert. Die bisherige Demokratieförderung, die auf befristete Projekte abzielt und vorrangig Projektstage, Workshops etc. ermöglicht, kann dieser Aufgabe nicht gerecht werden. Gesetzliche Aufträge, die Demokratie und Selbstbestimmung zum Gegenstand haben, laufen ins Leere, wenn sie nicht mit den nötigen finanziellen und infrastrukturellen Ressourcen ausgestattet werden. Demokratische Beziehungsarbeit in der Politischen Bildung und Sozialen Arbeit wird unterbunden, wenn sie gerade erst in Gang gekommen ist. Ohne konkrete Orte bleibt die Demokratiearbeit fragmentiert. Durch unsere Formate und Gespräche konnten wir den wichtigen Beitrag lokaler Demokratiearbeit in zivilgesellschaftlichen Projekten und in den Regelstrukturen Sozialer Arbeit sichtbar machen.

Aus unseren Gesprächen und der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den aktuellen politischen Krisen schließen wir, dass Demokratie verteidigen auch bedeuten muss, über die Schwachstellen und Mängel der bestehenden Demokratie zu sprechen und an deren Aufhebung zu arbeiten. Wir stellen uns daher hinter das Plädoyer von John Dewey, der bereits vor fast 100 Jahren klarsichtig formuliert hat, dass ein „Mehr an Demokratie“ sich nicht in der Reproduktion des Status quo erschöpfen darf:

„Gleichwohl taugt auch die alte Redensart, nach der das Mittel gegen die Krankheiten der Demokratie mehr Demokratie ist, nicht, wenn sie bedeutet, dass die Übel geheilt werden können, indem schon der vorhandenen Maschinerie noch mehr derselben Art hinzugefügt oder indem diese verfeinert und vervollkommnet wird“ (Dewey 2024: 136).

Unser Projekt hat Leerstellen. Wir haben ausschließlich mit Expert*innen, Fachkräften und zivilgesellschaftlich Engagierten gesprochen. Wir sind jedoch nicht in Gespräche mit den Adressat*innen der Demokratietarbeit gegangen. Hierdurch sind unseres Erachtens langfristige Methoden nötig, wie eine partizipative und ethnografische Forschung an den (potentiellen) Orten der Demokratie. Wenngleich wir das Thema immer wieder angeschnitten haben, kam in dem Projekt zugleich zu kurz, wie sich soziale Wandlungsprozesse in den Städten und Kommunen durch Gentrifizierung, Privatisierung, Wettbewerbsdruck etc. auf die Demokratietarbeit und den Zugang von marginalisierten Gruppen zu diesen Räumen auswirken. Studien legen aber bereits heute nahe, dass diese Prozesse extrem rechte Einstellungen begünstigen (Mullis 2021). Für die fundierte Bearbeitung dieser Frage ist es zentral, unsere Perspektiven stärker mit (stadt-)soziologischen Methoden zu verknüpfen.

Auf Basis unserer Forschungsergebnisse und der Gespräche mit den Expert*innen und Fachkräften konnten wir viele Probleme der bisherigen Demokratietarbeit identifizieren und haben zugleich über Handlungsmöglichkeiten und -empfehlungen gesprochen. Klar ist dabei geworden, dass die Demokratietarbeit strukturell neuausgerichtet werden und sich an einer Demokratisierung der alltäglichen Lebensbereiche orientieren muss (siehe dazu auch: Quent 2026: 227ff.). Insofern begrüßen wir die angestrebte Refokussierung von „Demokratie leben!“ auf Regelstrukturen, sehen aber die unbedingte Notwendigkeit, dass solche lokalen Programme von starken Partner*innen und Expert*innen begleitet, beraten und personell unterstützt werden. Außerdem ist die weiterhin bestehende kurzfristige Projektlaufzeit dieser Demokratieförderung ein systemischer Makel. Der finanzielle Ausschluss der Innovationsprojekte und der bundesweiten Koordinationsstellen ist zugleich kontraproduktiv und wird die bundesdeutsche Demokratietarbeit zurückwerfen. Ein bundesweiter Austausch ist wichtig, um ein kollektives Lernen über einzelne Projekte und die Weitergabe von Expertise sicherzustellen.

Wir möchten uns im Folgenden auf die unseres Erachtens zentralen Erkenntnisse für eine Stärkung der Demokratiearbeit beschränken, um so Orte der Demokratie zu schaffen, zu erhalten und zu fördern.

- 1. Demokratiearbeit als Regelaufgabe:** Demokratie ist nicht selbstverständlich, sie kann zerbrechen. Demokratiearbeit darf daher nicht länger in befristeten Projekten mit ungewisser Zukunft stattfinden. Sie muss in allen Institutionen und Orten, wo konkrete Begegnungen mit Menschen stattfinden, gesetzlich verankert und mit ausreichenden finanziellen Mitteln versehen werden.
- 2. Für ein hessisches Demokratiefördergesetz:** Es ist grundsätzlich begrüßenswert, dass das Bundesland Hessen ein eigenes Demokratiefördergesetz plant. Ein solches Gesetz ist geboten angesichts des gesetzgeberischen Stillstands auf der Bundesebene. Dieses Vorhaben müsste im engen Austausch mit den Trägern der Demokratiearbeit vor Ort entwickelt werden. Eine Verzahnung mit den Regelstrukturen der Sozialen Arbeit ist in diesem Zusammenhang notwendig, aber die Demokratiearbeit darf weder dazu führen, nur existierende Defizite in den Regelstrukturen auszugleichen, noch darf sie gegenüber den bisherigen Beratungsprojekten ausgespielt werden.
- 3. Fördergelder für konkrete Orte:** Ein hessisches Demokratiefördergesetz sollte die Möglichkeit eröffnen, dass nicht nur Stellen und Fortbildungsformate finanziert werden, sondern konkrete physische Orte dauerhaft angemietet, gebaut oder errichtet werden können. Demokratiearbeit darf sich dabei aber nicht auf eine Werbekampagne des Status quo beschränken – denn die Krise der Demokratie ist ein Fakt. Vielmehr müssen auch Orte geschaffen werden, an denen über eine Vertiefung und Verbesserung von Demokratie nachgedacht und experimentiert werden kann.
- 4. Begleitung und Moderation:** Orte der Demokratie müssen sowohl Orte der freien Entfaltung sein, aber brauchen angesichts des eklatanten Mangels an alltäglichen demokratischen Erfahrungen mitunter auch professionelle Moderation und Begleitung durch Fachkräfte der Sozialen Arbeit. Fachkräfte müssen hierfür geschult und beraten werden, gerade hierfür braucht es starke Partner*innen in zentralen Trägerstrukturen, die Vernetzung und Wissensaufbereitung für Regelstrukturen leisten.
- 5. Staatlicher Schutz für Demokratiearbeit:** Der Staat hat die Pflicht, zivilgesellschaftliche Demokratiearbeit vor Angriffen zu schützen. Extremismusklauseln und vergleichbare vage Nebenbestimmungen sollten nicht in der Demokratiearbeit verwendet werden, denn sie verunsichern gerade jene, die noch bereit sind, sich in hoch komplexen und teilweise auch gefährlichen Umgebungen für ein demokratisches Gemeinwesen einzusetzen und sie liefern konkrete Angriffspunkte von extrem rechter Seite.

6. Mitbestimmung und Selbstwirksamkeit: Orte der Demokratie müssen für ihre Wirkbereiche verbindliche Entscheidungen treffen können. Dies gilt sowohl für klassische Formen der Partizipation wie Jugendparlamente und Klassenräte, die echte Entscheidungen mit je eigenen Budgets erhalten müssen, wie auch für demokratische Begegnungsorte in Sozialräumen, wo die eigene Nachbarschaft gestaltet werden kann. Ohne konkrete Kompetenzen kollektive Entscheidungen auch umzusetzen, kann die dringend gebotene Erfahrung der Selbstwirksamkeit nicht fruchten.

7. Demokratietarbeit ist Sozialpolitik: Die Demokratietarbeit ist zu stark in der ordnungsrechtlichen Innenpolitik verhaftet, selbst wenn sie wie auf der Ebene des Bundes im Familienministerium angesiedelt ist. Demokratietarbeit sollte eine Querschnittsaufgabe sein und zugleich als Sozialpolitik und Politische Bildung verstanden werden.

8. Personelle Kapazitäten in der Sozialarbeit ausbauen: Demokratietarbeit scheitert bereits heute an Personal- und Kapazitätsproblemen. Landes-Demokratietzentren müssen bundesweit ausgebaut werden, um Sozialarbeiter*innen in Rassismusprävention, Ausstiegsberatung und interkulturellem Handeln fortzubilden. Auch hier sind starke, bundesweit handelnde Organisationen wichtig, die Menschen aus- und weiterbilden.

9. Digitale Demokratieinfrastruktur etablieren und fördern: Virtuelle Räume sind ebenfalls potenzielle Orte der Demokratie. Sie müssen aber stets in Bezug zu den konkreten Orten und Sozialräumen verstanden werden, in denen sich Menschen bewegen. Bundesweite Förderungen von Plattformen mit diskriminierungssensibler Moderation, die rechte Desinformation und Hassrede eindämmen, ist ebenso anzustreben wie das Eingreifen in schon bestehende Plattformen durch EU-Gesetzgebung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen.

6. Anhang

Literatur

- Addams, Jane (2023/1902): Demokratie und Soziale Ethik, Weinheim: Beltz.
- Adorno, Theodor W. (2019): Aspekte des neuen Rechtsradikalismus, Berlin: Suhrkamp.
- Ahlrichs, Rolf/Fritz, Fabian (2021): Sportvereine als Orte von politischer Bildung und Demokratiebildung, in: Forum Kind Jugend Sport, 2, S. 6 – 14.
- Alisch, Monika/Ritter, Martina (2024a): Einleitung, in: dies. (Hrsg.): Demokratie und Sozialraum. Zur Demokratisierung des Alltags als Auftrag Sozialer Arbeit, Opladen: Verlag Barbara Budrich, S. 7 – 24.
- Alisch, Monika/Ritter, Martina (2024b): Die Organisation sozialer Öffentlichkeiten zur Demokratisierung des Alltags, in: dies. (Hrsg.): Demokratie und Sozialraum. Zur Demokratisierung des Alltags als Auftrag Sozialer Arbeit, Opladen: Verlag Barbara Budrich, S. 25 – 42.
- Amlinger, Carolin/Nachtwey, Oliver (2025): Zerstörungslust. Elemente des demokratischen Faschismus, Berlin: Suhrkamp.
- Autor*innenkollektiv Terra-R (2025): Das Ende rechter Räume. Zu Territorialisierungen der radikalen Rechten, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Balibar, Etienne/Wallerstein, Immanuel (1992): Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten, Hamburg: Argument.
- Baquero de Torres, Patricia/Boger, Mai-Anh/Chadderton, Charlotte/Chamakalayil, Lalitha/Spieker, Susanne/Wischmann, Anke (Hrsg.) (2024): Jahrbuch für Pädagogik 2023. Rassismuskritik und (Post)Kolonialismus, Weinheim: Beltz.
- Bečević, Zulmir/Herz, Marcus (2023): Towards an agonistic social work: a framework for political action and radical practice, in: European Journal of Social Work, 26(6), S. 1164–1177. <https://doi.org/10.1080/13691457.2023.2190052>.
- Behrendsen, Eva/Rhein, Katharina/Uhlig, Tom (Hrsg.) (2019): Extrem unbrauchbar. Über Gleichsetzungen von links und rechts, Berlin: Verbrecher Verlag.
- Brown, Wendy (2018): Die schleichende Revolution. Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört, Berlin: Suhrkamp.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2024): 17. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe, Berlin, <https://www.bmfsfj.bund.de/resource/blob/244626/b3ed585b0cab1ce86b3c711d1297db7c/17-kinder-und-jugendbericht-data.pdf>.
- Chou, Mark (2020): Populism and localism: a new research agenda. In: Democratization. 27/6, S. 1102–1109.
- Çiçek, Arzu/Pichl, Maximilian (2025): „Das Heilmittel der Demokratie ist mehr Demokratie“. Über das Verhältnis von Sozialer Arbeit und Demokratieförderung am Beispiel der Diskurse um Migration, in: Migration und Soziale Arbeit, 2/2025, S. 141 – 150.
- Comtesse, Dagmar/Flügel-Martinsen, Oliver/Martinsen, Franziska/Nonhoff, Martin (2019): Demokratie, in: dies. (Hrsg.): Radikale Demokratie. Ein Handbuch, Berlin: Suhrkamp, S. 457 – 483.
- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline (2024): Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Die Leipziger Autoritarismus Studie 2024, Gießen: Psychosozial Verlag.
- Dewey, John (2024): Die Öffentlichkeit und ihre Probleme, Berlin: Suhrkamp.

- Deyda, Jonas (2025): Maulkorb für die Zivilgesellschaft, in: Austermann, Nele u.a. (Hrsg.): Report Recht gegen Rechts 2025, Frankfurt am Main: Fischer, S. 91 – 99.
- Dietrich, Melanie/Franke, Hannah/Hahn, Lisa/Pichl, Maximilian/Prasad, Nivedita, Strategische Prozessführung in der Sozialen Arbeit, Hochschule RheinMain: Wiesbaden.
- Dinar, Christina (2025): Zur Notwendigkeit digitaler Kompetenzen im Studium Sozialen Arbeit am Beispiel Digital Streetwork, in: Wunder, Maik/Giercke-Ungermann, Anett (Hrsg.): Digitalisierung in der Hochschulbildung für Soziale Arbeit, Bad Heilbrunn: Verlag Julius Klinkhardt, S. 76 – 89.
- Domann, Valentin (2024): Rechte Refiguration. Räume der alltäglichen Normalisierung des populistischen Rechtsradikalismus. In: sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung, 12/1, S. 11–38.
- Donlic, Jasmin/Rotter, Anita/Yildiz, Erol (2025): Migrant*innenorganisationen als Räume der Aushandlung: Eine postmigrantische Perspektive, in: Migration und Soziale Arbeit, Heft 2, S. 101 – 110.
- Erleben, Paul (2025): Mehr als Feuerwehr?! Konjunkturen und Widersprüche der gesellschaftlichen Bearbeitung autoritärer Bewegungen am Beispiel der Mobilen Beratung gegen rechts, in: ZRex – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung, 1-2025, S. 134 – 148.
- Fanon, Frantz (1961): Les damnés de la terre, Paris: Maspero.
- Fuchslocher, Kolja/Ziegler, Holger (2017): Die regressive Reform der Kinder- und Jugendhilfe, in: Widersprüche, 37 (146), S. 71 – 81.
- Fuhrmann, Maximilian (2019): Antiextremismus und wehrhafte Demokratie. Kritik am politischen Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden: Nomos.
- Furlong, Claire/Tippet, Joanne (2013): Returning knowledge to the community: An innovative approach to sharing knowledge about drinking water practices in a peri-urban community, in: Journal of Water, Sanitation & Hygiene for Development, 3 (4), S. 629 – 637.
- Franke, Hannah/Pichl, Maximilian (2025): Legal Struggles and Social Work: The Contribution of Social Workers for the Legal Mobilization of Human Rights, in: Journal of Human Rights and Social Work, <https://doi.org/10.1007/s41134-025-00420-9>.
- Frankenberg, Günter (1997): Verfassung der Republik, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Geisen, Thomas/Kessl, Fabian/Olk, Thomas/Schnurr, Stefan (Hrsg.) (2013): Soziale Arbeit und Demokratie, Wiesbaden: Springer VS.
- Gulde, Victoria/Mullis, Daniel (2026): Das autoritäre Playbook verstehen – Demokratie organisieren, TTRex, Working Paper No. 2, https://thinktank-rechts-extremismus.campact.de/wp-content/uploads/sites/13/2026/02/26-01-29_TTrex_paper_Playbook_final.pdf.
- Hahn, Lisa (2024): Strategische Prozessführung im Kollektiv, Nomos: Baden-Baden.
- Hartman, Michael (2025): Mehr Kontinuität als Wandel – Die deutschen Eliten vom Kaiserreich bis heute, in: Berliner Journal für Soziologie, 35, S. 187 – 212.
- Heck, Astrid/Großmann, Katrin (2024): Narrative des lokalen Umgangs mit der politischen Rechten in einer erzgebirgischen Kleinstadt, in: Alisch, Monika/Ritter, Martina (Hrsg.): Demokratie und Sozialraum. Zur Demokratisierung des Alltags als Auftrag Sozialer Arbeit, Opladen: Verlag Barbara Budrich, S. 183 – 198.
- Heitmeyer, Wilhelm (2018): Autoritäre Versuchungen, Berlin: Suhrkamp.
- Hillje, Johannes (2026): „Ich halte es für einen Mythos, dass auf TikTok nur negative Kommunikation funktioniert.“ Interview mit Table.Media vom 6. April 2026, <https://table.media/berlin/interview/ich-halte-es-fuer-einen-mythos-dass-auf-tiktok-nur-negative-kommunikation-funktioniert>.
- Hong, Matthias (2022): Neutralität und Sachlichkeit amtlicher Äußerungen und kommunikative Verfassungsverteidigung – Das Merkel-Urteil des BVerfG verpasst die Chance, den Willen zur Verfassung zu stärken, in: ZGI 2022, S. 199-205.
- Honig, Bonnie (2017): Public Things: Democracy in Disrepair, New York: Fordham University Press.
- Hufen, Friedhelm (2024): Zur Bedeutung des sogenannten Neutralitätsgebots für zivilgesellschaftliche Vereine der Demokratie- und Jugendarbeit, Gutachten erstellt im Auftrag der Cellex-Stiftung, <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2024/08/2024-07-25-Rechtsgutachten-zum-Neutralitaetsgebot-Prof.-Dr.-Hufen-Endfassung-signiert.pdf>.

- Huke, Nikolai (2021): Ohnmacht in der Demokratie: das gebrochene Versprechen politischer Teilhabe, Bielefeld: transcript.
- Ince, Anthony (2011): Contesting the ‚authentic‘ community. Far right spatial strategy and everyday responses in an era of crisis. In: *Ephemera*. 11/1, S. 6–26.
- International Federation of Social Work (2014): Definition der Sozialen Arbeit 2014, <https://www.ifsw.org/wp-content/uploads/2019/07/definitive-deutschsprachige-Fassung-IFSW-Definition-mit-Kommentar-1.pdf>.
- Jörke, Dirk/Selk, Veith (2019): John Dewey, in: Comtesse, Dagmer u.a. (Hrsg.): *Radikale Demokratietheorie*, Berlin: Suhrkamp, S. 78 – 87.
- Klinenberg, Eric (2018): *Palaces for the People*, New York: Crown.
- Köttig, Michaela/Röh, Dieter (Hrsg.): (2019): *Soziale Arbeit in der Demokratie – Demokratieförderung in der Sozialen Arbeit*, Opladen: Barbara Budrich Verlag.
- Krüger, Christine/Jagusch, Birgit/Gille, Christoph/Wéber, Júlia (2022): Extrem rechte Einflussnahmen auf die Soziale Arbeit, in: *SozialExtra* 46, S. 264 – 268.
- Kube, Vivian/Vos, Hannah (2026): Keine Angst vor dem „Neutralitätsgebot“. Rechtsprechung stärkt klare Haltung zur Verteidigung der Demokratie, in: Austermann, Nele u.a. (Hrsg.): *Report Recht gegen Rechts 2026*, Frankfurt am Main: Fischer.
- Levitsky, Steven/Zibblatt, Daniel (2018): *Wie Demokratien sterben. Und was wir dagegen tun können*, München: DVA, S. 205 – 212.
- Lizotte, Chris/ Kallio, Kirsi Pauliina (2023): Youth far-right politics in Finland as a form of lived citizenship. In: *Space and Polity*. 27/3, S. 309–334.
- Luger, Jason (2022): Celebrations, Exaltations and Alpha Lands: Everyday geographies of the far-right. In: *Political Geography*. 96, S. 102604.
- Manthe, Rainald (2024): *Demokratie fehlt Begegnung. Über Alltagsorte des sozialen Zusammenhalts*, Bielefeld: transcript.
- Martin, Dirk/Wissel, Jens (2018): Soziale Infrastruktur als sozialpolitisches Transformationsprojekt, in: Brand, Ulrich/ Görg, Christoph (Hrsg.): *Zur Aktualität der Staatsform: Die materialistische Staatstheorie von Joachim Hirsch*, Baden-Baden: Nomos, S. 201 – 217.
- Massey, Doreen (1994): *Space, Place and Gender*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Merrifield, Andy (2013): *The Politics of the Encounter. Urban Theory and Protest under Planetary Urbanization*. Athen/London: University of Georgia Press.
- Miggelbrink, Judith/Mullis, Daniel (2022): Das Lokale, Subjektivierung und die extreme Rechte. In: Daniel Mullis/Judith Miggelbrink (Hg.): *Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen*. Bielefeld: transcript, S. 19–39.
- Möllers, Christoph (2020): *Demokratie dauerhaft fördern. Gutachten für das Progressive Zentrum*, Berlin, https://www.progressives-zentrum.org/wp-content/uploads/2022/04/DPZ_Rechtsgutachten_Moellers_Demokratie_dauerhaft_foerdern.pdf.
- Mullis, Daniel (2025): Die Popularität der extremen Rechten unter jungen Wähler*innen. Entwicklungen, Ursachen und was Bildung tun kann. In: *DDS – Die Deutsche Schule*. 2025/1+2, S. 44–59.
- Mullis, Daniel (2024): *Der Aufstieg der Rechten in Krisenzeiten. Die Regression der Mitte*, Stuttgart: Reclam.
- Mullis, Daniel (2021): Urban conditions for the rise of the far right in the global city of Frankfurt. From austerity urbanism, post-democracy and gentrification to regressive collectivity. In: *Urban Studies*. 58/1, S. 131–147.
- Mullis, Daniel/Miggelbrink, Judith (Hrsg.) (2022): *Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen*. Bielefeld: transcript.
- Nachtwey, Oliver (2017): *Entzivilisierung. Über regressive Tendenzen in westlichen Demokratien*, in: *Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit*, Berlin: Suhrkamp, S. 215–231.
- Negt, Oskar (2010): *Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform*, Göttingen: Steidl.
- Oehler, Patrick (2018): *Demokratie und Soziale Arbeit. Entwicklungslinien und Konturen demokratischer Professionalität*, Wiesbaden: Springer VS.
- Payandeh, Mehrdad (2022): Maßstabssetzung durch Subsumtion. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Äußerungsbefugnissen der Bundeskanzlerin, in: *Verfassungsblog* v. 17. Juni 2022, <https://verfassungsblog.de/masstabssetzung-durch-subsumtion/>.

- Perkowski, Nina/Epik, Aziz/Louis, Tabea /Reyes Pollak, Laura (2023): Räume der Sicherheit in unsicheren Zeiten: Eine sichere Stadt für alle. Dokumentation und Ergebnisse, Hamburg.
- Pichl, Maximilian (2026a): Demokratie Vs. Rechtsstaat? Ein Essay über die Erosionen der Rechtsstaatlichkeit in der Migrationsdebatte, in: Kritische Justiz, S. 8 - 21.
- Pichl, Maximilian (2026b): Extreme Klauseln. Warum die neuen Extremismusklauseln Demokratieprojekte gefährden und der AfD in die Hände spielen, in: Verfassungsblog v. 23.02.2026, <https://verfassungsblog.de/extreme-klauseln/>.
- Pichl, Maximilian (2024): Law statt Order. Der Kampf um den Rechtsstaat, Suhrkamp: Berlin.
- Pichl, Maximilian (2020): Interdisziplinarität – Gesellschaftstheoretische Reflexionen über die Rolle von Rechtskämpfen, in: Bretthauer, Sebastian u.a. (Hrsg.): Wandlungen im Öffentlichen Recht. Festschrift zu 60 Jahren Assistententagung Öffentliches Recht, Baden-Baden: Nomos, S. 365 – 379.
- Probst, Johanna/Vaupel, Jennifer (2024): (Jugend-) Politisch stabil?! Annäherung an eine jugendpolitische Haltung pädagogischer Fachkräfte der Jugend(verbands) arbeit, in: Corax, 2/2024, S. 29 – 31.
- Quent, Matthias (2026): Keine Macht der Ohnmacht. Wie wir Krisen bewältigen und uns gegen Faschismus wehren, München: Piper.
- Quent, Matthias/Peter Schulz (2015): Rechtsextremismus in lokalen Kontexten. Vier vergleichende Fallstudien. Wiesbaden: Springer VS.
- Resch, Christine (2014): Reflexivität als Denkmodell und Perspektive in den Sozialwissenschaften, in: Widersprüche: Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, 34 (132), S. 75 – 89.
- Rommelspacher, Birgit (1995): Dominanzkultur: Texte zu Fremdheit und Macht, Berlin: Orlanda.
- Sachsen-Anhalt Monitor (2025): Zwischen Autokratisierung und Demokratisierung: Befunde zu einer Gesellschaft im Richtungsstreit. Von Katrin Reimer-Gordinskaya, Gert Pickel und Nikolay Dimitrov, Institut für demokratische Kultur Hochschule Magdeburg, Stendal, Magdeburg: https://lpb.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MK/LPB/Uploads/SAM_2025_V0812_1.pdf
- Said, Edward (1978): Orientalism, New York: Vintage Books.
- Salzborn, Samuel (2017): Demokratie. Theorien – Formen – Entwicklungen, Baden-Baden: Nomos.
- Schäfer, Armin/Zürn, Michael (2021): Die demokratische Regression, Berlin: Suhrkamp.
- Schäfer, Armin (2015): Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet, Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Schroeder, Wolfgang (2026): Kneipen für Deutschland, Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 28.06.2026, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/10-000-kneipen-fuer-deutschland-gegen-extremismus-accg-200787282.html>.
- Schröder, Wolfgang (2021): „Stärkere Selbstbestimmung durch das KJSG“ – Werden die jungen Menschen den Unterschied merken?, in: Jugendamt, 7-8, S. 354 – 358.
- Schulz, Sarah (2019): Die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Ergebnis und Folgen eines historisch-politischen Prozesses, Weilerswist: Velbrück.
- Seithe, Mechthild (2025): Soziale Arbeit und Neoliberalismus heute, Wiesbaden: Springer VS.
- Staub-Bernasconi, Silvia (2019): Jane Addams' integrale Demokratietheorie oder – was soll eine 1902 entstandene Theorie der Demokratie Neues beizutragen habe?, in: Köttig, Michaela/Röh, Dieter (Hrsg.): Soziale Arbeit in der Demokratie – Demokratieförderung in der Sozialen Arbeit, Opladen: Verlag Barbara Budrich, S. 46 – 56.
- Steinhauer, Eric W. (2023): Bibliotheken im demokratischen Rechtsstaat, in: ZfBB 03/2023, S. 168 – 176.
- Tabbara, Tarik (2026): Gegen die immergleichen Reflexe: Für eine offene Debatte zum Wahlrecht für Inländer*innen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, in: VerfBlog, 2026/6/15, <https://verfassungsblog.de/auslanderwahlrecht-bverfg-verfassungswandel/>, DOI: 10.59704/8669b554623865d1.
- Thiel, Thorsten (2014): Die Schönheit der Chance: Utopien und das Internet, in: juridikum, S. 459 – 471.
- Vorsteher, Jens (2025): Rechtliche Reaktionen auf rechtsextremistische Raumnahme. Der Vorschlag eines Genehmigungsvorbehalts als bodenrechtliches Instrument, in: Kritische Justiz, 3/2025, S. 323 – 342.
- Walzer, Michael (1983): Spheres of Justice: A Defense of Pluralism and Equality, New York: Basic Books.

Weber, Grit (2025): Yes, we care. Das Neue Frankfurt und die Frage nach dem Gemeinwohl. Gedanken zur Ausstellung, in: Weber, Grit/Wagner K., Matthias (Hrsg.): Yes, we care. Das Neue Frankfurt und die Frage nach dem Gemeinwohl, Leipzig: Spector Books, S. 14 – 29.

Weiß, Volker (2025): Das Deutsche Demokratische Reich. Wie die extreme Rechte Geschichte und Demokratie zerstört, Stuttgart: Klett Cotta.

Wengel, Yana/McIntosh, Alison/Cockburn-Wooten, Cheryl (2019): Co-creating knowledge in tourism research using the Ketso method, in: Tourism Recreation Research, 44 (3), S. 311 – 322.

Winkler, Katharina (2022): Kampagnen und Teilnahme an Gerichtsprozessen als Makropraxis der Sozialen Arbeit in der Progressive Era, in: Soziale Arbeit 8-9/2022, S. 287 – 292.

Danksagungen

Unser Projekt wäre ohne die organisatorische und inhaltliche Zuarbeit und Unterstützung verschiedener Institutionen und Personen nicht möglich gewesen. Wir bedanken uns bei der Forschungsabteilung der Frankfurt University of Applied Sciences (hier insbesondere Lea Steinfeld) für die großartige administrative Unterstützung sowie bei Dr. Sabine Mannitz vom PRIF.

Das Referat für Demokratieforschung im Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur (HMWK) war stets für unsere Anliegen schnell erreichbar und hat unseren Forschungsprozess sehr gut unterstützt. Wir bedanken uns hierbei ausdrücklich bei Kevin Sabisch und Tinatin Janjghava.

Ein großer Dank gilt unseren Gesprächspartner*innen für die Zeit, die sie sich genommen haben, um ihre Erfahrungen und Perspektiven mit uns zu teilen.

Schließlich danken wir auch den Student*innen, die in unserem Seminar zu Orten der Demokratie mitdiskutiert haben und von denen wir viel lernen konnten: Amelie Aigner, Sara Anselment, Paula Bräuning, Lotte Marie Deutz, Moritz Faust, Natalie Frey, Elena Görgl, Sarah Meline Grzybowski, Lars Henkel, Corin Hofmann, Mariella Hudec Plasencia, Shantul Kahloon, Marina Kaiser, Yannic Kiehl, Joshua Klein, Nicole Krönung, Emely Kuck, Maria Dorothea Mbuku, Jonas Möhler, Lisa Nagel, Marjana Piening, Joanna Plastrotmann, Domitila Rentz, Simon Louis Retzlaff, Pauline Runck, Frederic Schäfer, Julia Schäfer, Kai Schlapp, Jasmin Schütz, Emily van Zoggel, Amelie Vogt, Lisbeth Wagner, Melanie Wolf.

Autor*innen der Studie

Dr. Larissa-Diana Fuhrmann ist als Postdoktorandin am PRIF beschäftigt und arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin in dem Projekt.

Dr. habil. Daniel Mullis ist Humangeograph und arbeitet zum Erstarken der extremen Rechten, Demokratie und Menschenrechten. Er ist assoziierter Forscher am PRIF und arbeitet in der strategischen Kommunikation von PRO ASYL.

Prof. Dr. Dr. Maximilian Pichl ist Rechts- und Politikwissenschaftler. Er ist Professor für Recht der Sozialen Arbeit mit dem Schwerpunkt auf Demokratie, Partizipation und Rechtsstaatlichkeit an der Frankfurt University of Applied Sciences. Er ist wissenschaftlicher Leiter des Projekts.

Tonda Wildner studiert Soziologie und Rechtswissenschaften im Nebenfach an der Goethe-Universität Frankfurt am Main und ist studentische Hilfskraft im Projekt.

